



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1903

141 (25.3.1903) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-102484](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-102484)

General-Anzeiger



Abonnement:
Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich.
Eingelohn 20 Wg. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag 20. 5.42 pro Quartal.
Einzel-Kunden 5 Wg.
Nur Sonntags-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
inkl. Haus od. durch die Post 25 Wg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 3021

Telephon: Direktion und
Druckerei: Nr. 841
Redaktion: Nr. 877
Expedition: Nr. 218
Filiale: Nr. 815

Nr. 141.

Mittwoch, 25. März 1905.

(Abendblatt 111.)

Die Reichstagswahlen

fallen in das
nächste Quartal.

Der vorhergehende

Wahlkampf

wird ebenso lebhaft werden, wie die Entscheidung schwer-
wiegend. Wer sich über die politische Lage rasch, gründlich
und objektiv unterrichten will, der abonniere auf den

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung.

Erscheint wöchentlich 12 Mal.

Abonnementspreis:

Tägliche Ausgabe: 70 Pfennig monatlich
20 „ wöchentlich

Sonntags Ausgabe: 20 Pfennig monatlich

ohne Trägerlohn.

Nachlese.

Der gestern abgeschlossene Arbeitsabschnitt der laufenden
Session des Reichstages galt wesentlich der Beratung des Etats.
Da aber die zum Postarat gestellten Resolutionen und Petitionen
im Zusammenhang mit der Beratung vor Weisnachten nicht
mehr hatten erledigt werden können, so ging der ersten Lesung
des Etats vom 13. bis 17. Januar eine ausgedehnte Verhandlung
über wirtschaftliche Fragen voraus, die, wie die der Weisbe-
günstigung, in praxi anders gelöst werden müssen, als die Schul-
weisheit träumt. Immerhin hatte diese Unterhaltung den
Erfolg, eine Aussprache des Stellvertreters des Reichstags, des
Grafen von Hofmann-Dillenberg, über unser wirtschaftliches Verhältnis
zu den Vereinigten Staaten zu veranlassen, die außer Zweifel
stellte, daß wir auch Amerika gegenüber den Standpunkt der

Gegenseitigkeit-Berücksichtigung zu fordern entschlossen sind.
Was die Staatsberatung betrifft, zu der in ihrem ersten Stadium
die obligate Wahl-Musik von dem bairischen Centrums-Abge-
ordneten Schädel und seinem Hauptkonkurrenten, dem Abg.
v. Vollmar von der bayerischen Sozialdemokratie geliefert
wurde, so hat die Entwicklung der Dinge in dem zweiten
deutschen Einzelstaat Mancherlei zu Tage gefördert, worüber das
bairische Centrum wie die bairische Sozialdemokratie einiger-
maßen im Zweifel sein dürften, ob es ihnen zum Nutzen oder zum
Schaden gereichen wird. In der Generaldebatte über den Etat
nahm es der nationalliberale Abg. Dr. Sattler nicht ohne Grund
als sein Recht in Anspruch, auf die schwachen Stellen der gegen-
wärtigen Finanzgebarung im Reich mit dem Nachdruck hinzu-
weisen, den ihn seine umfassende Kenntnis der Entwicklung der
Finanzen im Reich und in den Einzelstaaten geltend zu machen
befähigt. Beim Etat des Reichsamts des Innern wurde eine
unverhältnismäßig große Zahl von „arbeiterfreundlichen“ An-
trägen und Resolutionen eingebracht. Dabei erwarb sich neben
den Abgg. Hilka und Franke der nationalliberale Abg. Frhr.
von Gepl das Verdienst, aus dem reichen Schatz seiner praktischen
Erfahrung und seiner verdienstvollen Berufstätigkeit heraus
das erwünschte Pendant dazu zu liefern, was der nationalliberale
Abg. Dr. Sattler über die Stellung der Fraktion zur Frage des
allgemeinen geheimen Wahlrechts auszuführen sich veranlaßt
gesehen hatte. Abg. Dr. Baumbach wies den sozialdemokratischen
Anzweiflungen gegenüber auf das Verdienstvolle der Arbeiter-
wohlfahrtsmaßnahmen hin. Zu der weit im Vordergrund
des Interesses stehenden Frage der Reform des Bürgergesetzes
ergriff das hochverdiente Mitglied der Partei, Vizepräsident
Büling, das Wort, um mit eindringlicher Sachlichkeit, aber auch
mit Entschiedenheit die Forderungen zu umschreiben, welche als
das Mindestmaß dessen bezeichnet werden müssen, was von einer
in der nächsten Tagung des Reichstages zu erwartenden Reform
des Bürgergesetzes zu verlangen ist. Im Zusammenhang mit
der Verhandlung über Sozialpolitik stand, was in den einge-
schobenen Beratungen über das Kinderschutzgesetz, über das
Phosphorgehalt und über die Krankenversicherungsnovelle und
ebenso was noch über die Seemannsordnung debattiert wurde.
In diesen Beziehungen haben die nationalliberalen Abgg. Dr.
Endemann, Hofmann-Dillenberg und Dr. Semler ihren be-
kannten Verdiensten neue hinzugefügt. Das abgeschlossene
Arbeitsabschnitt des Reichstages kann aber nicht gedacht werden,
ohne daß an Leistungen von nationalliberaler Seite auch als
weit in den Vordergrund tretend bezeichnet wird, was die Abgg.
Graf von Oriola und Prinz Schönau-Carolath wieder auf-
geboten haben, um ebensoviel die Reform des Militärpensions-
gesetzes wie die Frage der ausreichenden Fürsorge für die
Veteranen einer Lösung entgegenzuführen, welche im bester-
ständigen national- und sozialpolitischen Interesse liegt. Darauf,
daß in der dritten Beratung des Etats die Frage der kauf-
männischen Schiedsgerichte von dem für die Beteiligung dieser
Angelegenheit besonders thätigen Vorstehenden der Fraktion, dem
Abg. Wassermann, in eigenartiger Weise angeschnitten wurde,
wird sich noch Gelegenheit finden, zurückzukommen. Ebenso, daß
er noch am letzten Tage der Verhandlung die erwünschte Sicher-
ung der Forderungen der Bauhandwerker als ein Ziel be-
zeichnete, das erreicht werden muß. Wie in die handelspolitischen
Debatten, so griff in die Frage der besten Sorge für den Schatz

des deutschen Weinbaus gegen die reichsländische Phylloxera der
nationalliberale Abg. Dr. Weinhard — im Verein mit seinem
Spezialkollegen Dr. Plantenborn — sehr wirksam ein. Für die
rationelle Bekämpfung der Wurmkrautkrankheit legten sich der Abg.
Hilka und der aus der nationalliberalen Partei hervorgegangene
preussische Handels- und Gewerbedirektor Möller sehr nachdrück-
lich ins Zeug.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 24. März 1905.

Veteranen-Fürsorge.

Vor einer großen Veteranen-Versammlung, an
der über 2000 ehemalige Kriegskameraden Teil nahmen, sprach
am Sonntag in Berlin der nationalliberale Reichstagsabg. Prinz
zu Schönau-Carolath über die Veteranen-Fürsorge.
Wie wiederholt im Reichstag, so bezeichnete er auch hier das Gesetz
vom Jahre 1895, welches den Veteranen eine Beihilfe von 120 M.
zusichert, als ungenügend, weil diese Beihilfe erst bei dauernder,
gänzlicher Erwerbsunfähigkeit gewährt werden soll. In Folge
dessen werden viele Veteranen abgewiesen und in die bitterste
Noth versetzt; sie sind meist in ihrer Erwerbsfähigkeit außer-
ordentlich beschränkt, aber haben doch noch die Möglichkeit, kleine
Verrichtungen vorzunehmen, also sind nicht im Sinne des Ge-
setzes „dauernd erwerbsunfähig“. Das Erfordernis der gänzlichen
Erwerbsunfähigkeit, so führte der Redner aus, muß durch eine
Novelle beseitigt werden. Ein weiterer großer Uebelstand ist der
geforderte Nachweis des ursächlichen Zusammenhangs zwischen
dem heutigen Krankheitszustand des betreffenden Veteranen und
den Folgen des Feldzuges. Das ist in den meisten Fällen unmöglich.
— Vielen Veteranen konnte die Beihilfe aus „Mangel an Mitteln“ nicht gewährt werden.
Zur Beschaffung dieser erforderlichen Mittel schlägt Prinz zu
Schönau-Carolath eine Wehrsteuer vor, die nicht dazu
dienen soll, in den allgemeinen Staatschatz zu fließen, sondern
lediglich für die Fürsorge der Veteranen bestimmt ist. Redner
legte dann eingehend ein System der Wehrsteuer dar, die für
Deutschland mindestens einen Ertrag von 25 Millionen Mark
— und nicht bloß von 2½ Millionen, wie neulich der Staats-
sekretär v. Thielmann berechnete — bringen müsse. — Die Ver-
sammlung spendete dem Redner wiederholt stürmischen Beifall
und nahm einstimmig eine Resolution zu Gunsten der Wehr-
steuer an.

Ein edles Paar.

Die Nat.-Lib. Korresp. schreibt zu den ungezogenen An-
gelegenheiten der Bundeshäuptlinge auf Dr. Krause noch folgenden
Nachtrag: Gegenüber den gestrigen pathetischen Worten des
Herrn Dr. Hahn über die Glaubwürdigkeit des Herrn Schoof
müssen wir doch eine kleine Episode aus dem Jahre 1896 in
Erinnerung bringen, wo beide Herren gelegentlich der Kandidatur
Wambhoff sich gegenseitig der Lüge züchten. Dr. Hahn unterstellte
jedenfalls in Wahlversammlungen wie auch im Organ des Bundes
der Kandidatur dem Herrn Schoof eine Begünstigung gegen die
Kandidatur Wambhoff und die Uebersetzung: Wambhoff täunt
nicht trüben. Mit dieser dem Herrn Schoof unterstellten Ueberset-
zung führte Dr. Hahn den Wahlkampf. Meraeblich protestierte

Tagesneuigkeiten.

— Frauenrechtlerische Ideale unter den Pharaonen. Daß die
Vertreterinnen der modernen Frauenbewegung, wenn sie nach Vor-
läuferinnen suchen wollten, auf die älteste bekannte Epoche der Ge-
schichte zurückgehen könnten, ist eine Tatsache, die Vielen überraschend
erscheinen wird. Und doch genügt die Frau unter den alten Pharaonen
eine Stellung, wie sie sie heute nicht hat, sondern erst anstrebt.
Dies geht aus einem Vortrag über „die Stellung der Frau unter
den Pharaonen“ hervor, den der Ägypter Witta Wahby in dem
„Ägyptischen Institut“ inairo, einer Gesellschaft von Ägyptologen,
hielt. Die Wahrheit über die damalige Stellung der Frau, so führte
er aus, scheint dazu bestimmt, bei der Lösung eines sozialen Pro-
blems von großer Bedeutung mitzuwirken; denn sie unterstügt jene
sehr, die Anspruch darauf erheben, daß die Frau dem Mann gleich-
gestellt sein sollte. Bei den alten Ägyptern war die Frau dem Mann
nicht nur gleichgestellt, sondern sie hatte einen vorherrschenden Ein-
fluß auf ihn. Von allen Ländern des Altertums war Ägypten
das einzige, das die Rechte der Frau voll anerkannte; kein anderes
hat die Frau dem Mann gleichgestellt. Aus Papyri und Grab-
inschriften zeigte der Vortragende dann, welche wichtige Stellung
im öffentlichen und privaten Leben der Ägypter die Frauen ein-
genommen haben. Es sind darin Namen von weiblichen Gouver-
neurinnen der alten Ägypten aufgeführt. Titel und Würden
bezeichneten sich vom Thron abwärts auch auf die Töchter. Die noch
vorhandenen Gräber von Beni-Hassan beweisen, daß die erblichen
Rechte des ägyptischen Adels auf die weibliche Linie überging. Der-
selbe Gebrauch bestand in allen Klassen der Bevölkerung. Denkmäler
aus der dritten und vierten Dynastie zeigen, daß Frauen persönlich,
abgesehen von der Stellung ihres Mannes, mit priesterlichen Würden
und bürgerlichen Stellungen von Bedeutung beehrt wurden. Bei
gesetzlichen Urkunden wurden die Namen der Mütter der Parteien
eingetragen; Frauen konnten Dokumente unterzeichnen, Zeugnis ab-
legen und über ihr eigenes Vermögen verhandeln. Wahby führte

weiter auch einige reizende Liebeslieder und auch Gesehichten von
Wittivern und Wittiven an, um zu zeigen, daß Frauen mit diesen
ausgedehnten bürgerlichen Rechten zugleich auch die zärtliche Zu-
neigung ihrer Männer genossen und selbst schön und anmutig
sowie thätig, energisch, klug und gebildet waren. Die Frauen hatten
ebenso große häusliche Rechte. „Die Heirat war bei den Ägyptern
ein heiliger Vertrag, der die Frau mit dem Mann auf gleiche Stufe
stellte. Im Hausstand handelte sie dem Mann gleich. Die Familie war
die Hoffnung und der Stolz des Haushaltes. Treue wurde von
beiden Seiten gleich gefordert; der im modernen Gesetz so oft ge-
machte Unterschied zwischen dem Ehebruch der Frau und dem des
Mannes war in Ägypten unbekannt. Ein Mädchen war ganz frei,
ihren Gatten zu wählen. Aus der Gleichheit der Frauen in der
Familie folgte, daß eine Tochter gleiche Erbfolgerechte wie der Sohn
hatte; es gab kein Verrecht für den Ältesten, und die Familie starb
nicht aus, wenn sie ganz aus Mädchen bestand. Die Frau hat ihr
eigenes väterliches Erbteil und schaltete frei darüber; und im
Heiratskontrakt wurde ihr jährlich eine bestimmte Summe und eine
Entschädigung, falls sie verfallen wurde, ausgesetzt. Der Beruf der
Mutter, der Herrin des Hauses, war die Sorge für die Familie und
die im Hause gefertigten Waren, und das Erzeugnis ihrer Arbeiten
konnte sie, wie sie wollte, frei austauschen.“ Der Vortragende führte
viele Illustrationen zu seinen Behauptungen an und schloß mit dem
Ausspruch der Hoffnung, daß die moderne Frauenbewegung bald zu einem
gleichen Grade der Selbstachtung wie ihre glückliche Vorgängerinnen
erwachen möge.

— Das neueste Modenspiel ist das „Automobilspiel“,
das vorläufig auf einem Ping-Pong-Brett oder einem Billardtisch
gespielt wird; aber die Sachverständigen sind schon an der Arbeit,
einen besonderen Tisch dazu herzustellen, der sicherlich in wenigen
Wochen fertig sein wird. Das ursprünglich aus Japan kommende
Spiel hat in Paris sehr gefallen, so daß man dort bereits Automobil-
spiel-Gesellschaften gibt, statt der früher beliebten Ping-Pong- oder
Bridge-Abende. Das Automobilspiel ist in seinen Hauptzügen die
Einfachheit selbst, aber das Spiel erfordert viel Geschicklichkeit, und

das Erlernen kostet mehr als eine Kleinigkeit. Die in drei Abtei-
lungen geteilte Rennbahn hat an einem Ende einen kleinen automatischen
Startpunkt, und am anderen ein Zielpunkt mit vollständiger Nichter-
reichung. Unter dem Auslaufplatz stehen neun elektrische elektrische
Automobile, vollständig mit Pneumatics und Steuerungen und so
vollkommen, daß der Lauf nach dem Willen des Führers mit einem
kleinen Stabe geändert werden kann. Jedes Automobil hat eine
andere Farbe und Nummer, und aus das Kommando „Los“ unter-
nehmen alle gemeinschaftlich die Wettfahrt den Tisch hinunter, wobei
jeder und noch einmal zu dem Zielpunkt. Soweit ist das Spiel ein-
fach, aber es gibt viele Verwicklungen dabei. Beim Einsatz müssen
die vier Spieler, zwei Automobile rechts und zwei links, 25 Pct.
mehr bezahlen als die fünf inneren, weil letztere schwerer zu steuern
sind und auch das Umdrehen viel verwickelter ist. Ueber die ganze
Rennbahn verteilt man kleine Pennen, Hunde, Bäume, Cannibale
(hölzerne Nachbildungen jener schrecklichen Dringagerillen aus-
Biegelsteinen, die an vielen französischen Häusern so verhängnisvoll
für die Automobile sind), und verschiedene andere Hindernisse für
Chauffeure. Die drei Abteilungen der Rennbahn sind nummeriert
und ein Niederbrechen in einer kostet für den Wagenbesitzer eine
Summe, die im umgekehrten Verhältnis zu der Entfernung vom
Ziel steht. So kostet ein Stedenbleiben in der neunten Abteilung
eine Prämie von 5 Pct., aus dem Totalfaktar, den der Gewinner
bezahlen muß. Ein Stedenbleiben an derselben Stelle bei der ersten Fahrt aber
nein. Jedes umgeworfene Federblech kostet 1 Pct., wenn
ein Mensch in der Nähe ist; andernfalls kostet es nichts. Dasselbe ist
bei Hundes der Fall, nur ist die Strafe auf 2 Pct. festgesetzt, und
ein umgeworfener und vom Tisch geschleudert Schutzmann bringt
eine Prämie von 5 Pct., aus dem Totalfaktar, den der Gewinner
bezahlen muß. Alle Spieler bekommen kleine Stäbe in der Größe
von Bleistiften, mit denen sie ihre Wagen regeln; die Verührung
eines falschen Automobils bedeutet ein Unfallschaden, oder der
Wischerhater muß dem Besitzer des andern Automobils eine Geldstrafe
zahlen. Das Spiel ist sehr aufregend. Es hängt natürlich eben-
soviel vom Zufall wie von der Geschicklichkeit ab, denn die kleinen

Schoof gegen dies Wahlmanöver Dr. Hahn; Letzterer blieb bei seiner Behauptung. Schließlich flüchtete Herr Schoof, der damals noch der nationalliberalen Fraktion angehörte, zu uns, zur „Nationalliberalen Correspondenz“, mit der Erklärung, daß er jene „Wahlmanöver“ nicht zu unterstützen, nicht gethan habe, auch selbstverständlich nicht gegen die Kandidatur Wamboffs sei und arbeite. Darauf folgte wieder eine Erklärung des Herrn Dr. Hahn im agrarischen Organ: Schoof habe doch jene Worte gesprochen und sei Gegner Wamboffs. — Und gestern wählte sich Herr Schoof den Herrn Dr. Hahn, den er im Jahre 1896 als Gegner hinstellen mußte, als Anwalt, um seine eigene (Schoofs) unanfechtbare Glaubwürdigkeit attestieren zu lassen! Fürwahr, eine trefflich inszenierte Komödie!

Zur „Kaiserkandidatur“ des Fürsten Dohna-Schloditten
erhält die Redaktion der „Königsberger Hartung, Ztg.“ eine Zuschrift vom Vorsitzenden des konservativen Vereins Elbing, Rechtsanwalt Stroh, die zu erwiesen sucht (und auch wohl erreicht), daß die Anfrage an den Fürsten Dohna, ob er zur Übernahme der Elbinger Kandidatur wohl geneigt sein würde, zu einer Zeit an den Fürsten erging, als weder dieser noch der Kaiser an eine solche Kandidatur dachten. Fürst Dohna hätte sich bereit erklärt, die Kandidatur zu übernehmen, falls Herr von Oldenburg, der den Elbingern zu agrarisch gewesen sei, sich zum Rücktritt bewegen ließe. Als dann hernach die „Elbinger Ztg.“ die Nachricht brachte (sie stellte sich später als falsch heraus), Herr v. Oldenburg gedente für die Zolltarifvorlage zu stimmen, sei für die Elbinger der Grund zur Gegnerschaft gegen v. Oldenburg fortgefallen, und nun hätte Fürst Dohna auch abgelehnt zu kandidieren. Rechtsanwalt Stroh schließt dann wörtlich:
Welche Schritte in Berlin gethan sind, um v. Oldenburg zum Rücktritt zu bewegen, und welche Weisungen amtlichen Stellen in der Angelegenheit erteilt sind, weiß ich allerdings nicht. Das aber weiß ich, daß — auch nach meinem letzt erwähnten Schreiben an den Fürsten zu Dohna — Niemand auch nur den mindesten Versuch gemacht hat, auf mich zu Gunsten seiner Kandidatur einzuwirken. Das ist, meines Wissens, auch bei keinem anderen Wähler geschehen.
Die „Königsb. Hart. Ztg.“ bemerkt nicht unzutreffend dazu: Herrn Strohs Mittheilungen seien mit den Darstellungen ihres Gewährsmannes an sich doch ganz gut vereinbar.

Zum Rücktritt des Präsidenten Castro.
„Der Times“ wird aus New-York telegraphirt: Senor Castro's Rücktritt hat hier alle Welt, einschließlich des Staatssekretärs, überrascht. Seine Präsidentschaft lief erst im Februar 1905 ab. Sie hat sich gekennzeichnet als eine Diktatorship, die durch Rebellion etwas Färbung erhielt, und die Methoden einer gefegungsberechtigten Räuberei zu den ihrigen machte. Während man in Washington Präsident Castros Beziehungen zu den Räubern wohlwollend überwachte, hat man sich über den wahren Charakter des Mannes, oder des Despotismus, den er unter angeblich republikanischer Form ausübte, nicht dem geringsten Zweifel hingeeben. General Voluntini folgt dem Präsidenten vorläufig im Amt, mit der Aussicht, daß die Präsidentschaft wahrscheinlich auf Castros Bruder, der jetzt General ist, übergehen wird. Aber General Voluntini soll ein harter Mann sein, der vielleicht seine Rolle ernst nehmen könnte. Man hat auch mit den Rebellen zu rechnen. Hay erhielt die Nachricht von dem Rücktritt durch den amerikanischen Geschäftsträger in Caracas, Bowen scheint nichts davon gewußt zu haben. Senor Castro wünschte wahrscheinlich nicht, daß seine Abreise vorzeitig in amerikanischen Zeitungen veröffentlicht würde. Uebrigens glaubt Niemand, daß Präsident Castro wirklich abschwanken könnte, es sei denn, daß er schon soviel zusammengekauft hat, wie er für nötig hält, und sich mit seinem Kinde, nach Süd- und Zentralamerika, nach Paris zurückziehen will. Es tritt die Frage auf, welchen Einfluß sein Rücktritt auf das Abkommen mit den Räubern haben könnte. Soll etwa dadurch das Zurücktreten von dem Abkommen ermöglicht werden, welches der Aufhebung der Blockade vorausging? Sollen die 30 v. H. aus den Zöllen von La Guayra und Puerto Cabello verweigert werden? Ist Bowens Drohung der Zahlungseinstellung mit Präsident Castros Verhalten in Zusammenhang zu bringen? Ueber keinen dieser Punkte liegt bis jetzt eine Nachricht vor. Jedenfalls bietet die venezolanische Gefährdung keine Veranlassung, ehrliche Absichten vorauszusetzen, sobald die neue Regierung es für vorteilhaft halten sollte, unethisch zu sein.

Deutsches Reich.

*** Berlin, 24. März.** (Ein neuer weiblicher Gewerbeinspektor.) Dem Fräulein Alara Elben aus Stuttgart ist die Stelle einer Inspektorin bei der Gewerbeinspektion in Hamburg übertragen worden. Dieser Posten ist jetzt zum ersten Mal mit einer Dame besetzt. Fräulein Elben hat sich auf den Universitäten in Berlin und München mit sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Studien beschäftigt und hat bereits mehrere Arbeiten auf diesen Gebieten veröffentlicht.
— (Zur Wahlbewegung.) Für Warburg hat der Bund der Landwirthe die Kandidatur v. Pappenheim zu unterstützen beschlossen. Nach der „Staatsb.-Ztg.“ hat der Bund gleichzeitig beschlossen, von der Kandidatur des bisherigen antisemitischen Vertreters des Kreises Dr. Böckel mit Rücksicht auf dessen „Vernachlässigung des Wahlkreises“ abzusehen, ebenso auch die etwa in Betracht kommende Kandidatur des Antisemiten Zimmermann nicht zu unterstützen. — In Döbeln-Rosen aber unterstützt der Bund der Landwirthe denselben Antisemiten Zimmermann.

Zur Wahlbewegung.

*** Pforzheim, 25. März.** Am letzten Sonntag fand hier eine nationalliberale Versammlung der Vertrauensmänner des Landbezirks Pforzheim statt. Die Versammlung, von Herrn Fabrikant Villenius geleitet, war außerordentlich zahlreich besucht und erklärte sich mit Vereinerung Wagen haben ebenso ihre seltsamen Launen wie ihre großen Abbilder, aber der Zufall macht das Spiel nur umso aufregender. Ein Zusammenstoß zwischen zwei Wagen wird mit Entfernung vom Tisch und mit 10 Frez. bezahlt, die in die Kasse kommen, und wenn ein anderes Automobil wie das des Gewinners die Preisrichtertribüne umwirft, so kostet das 50 Frez. Wieft das gewinnende Automobil diese Tribüne um, so muß jeder andere Spieler ihm 10 Frez. bezahlen. Der Charakter eines Glücksspiels macht gerade das Automobilspiel so reizvoll, und ohne eine gut gefüllte Tasche kann man keine betriebsfähige Gesellschaft bestehen. In der Regel spielt der Wirt nicht mit, da er die eigenen Automobile und die Rennbahn kennt und deshalb einen unanfechtbaren Vorrath über die anderen Spieler haben würde.

und einstimmiger Zustimmung für die Kandidatur des Herrn Wittum.

*** Neustadt, 25. März.** Gestern Abend fand eine Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei des Kantons Neustadt statt, in welcher mitgeteilt wurde, Se. Excellenz Herr Dr. Büttlin habe die Annahme einer Kandidatur nunmehr abgelehnt. Darauf wurde nach dem „N. A.“ einstimmig beschlossen, bei Herrn Gutsbecker Schellhorn-Wallblüch-Horst anzufragen, ob er geneigt wäre, eine Kandidatur für den Wahlkreis Neustadt-Landau anzunehmen. — Die freisinnigen Vertrauensmänner von Neustadt hatten gestern Abend ebenfalls eine Sitzung. Ein definitiver Beschluß über eine Kandidatur wurde von ihnen jedoch nicht gefaßt. Als durchaus unrichtig können wir, so meldet gleichfalls der „N. A.“, das hier kursierende Gerücht bezeichnen, Kommerzienrath Helfferich sei von den Freisinnigen als Reichstagskandidat nominirt worden.

Das „Blumenmedium“ Anna Rothe vor Gericht.

IV.

sh. Berlin, 24. März.

Ueber die weitere Verhandlung wird noch geschrieben: Die „höhere Intelligenz“. Der Ehemann der Zeugin Kehler, ein Bädermeister, beschuldigt ebenfalls, daß die Reden der Angeklagten in der „Trance“ so schön waren, daß sie von einer „höheren Intelligenz“ herührten müßten. Vorf.: Sie kann die Reden doch auswendig gelernt haben? Zeuge: Das halte ich bei ihrem niedrigen Bildungsgrade für ganz ausgeschlossen. Das war manchmal, wie wenn Luther redete. (Weiterf.) Vorf.: Die Angeklagte hat auch einmal in einer dieser „Seancen“ den Geist des Professors Chrast gerufen, von dessen Existenz sie keine Ahnung gehabt haben soll? Zeuge: Das ist richtig. Es war ein engerer Bekannter von uns und wie waren alle erstaunt, daß das Medium seine intimsten Eigenheiten so gut wiedergeben konnte. Es war auch ganz seine Stimme, die wir hörten.

Die nervösen Geister.

Die Frau des Bankamanns Schmidt-Charlottenburg hat einer einzigen Sitzung beigewohnt und in dieser sofort Verdacht geschöpft, daß nicht Alles mit rechten Dingen zugehe. Sie hörte nämlich, daß plötzlich hinter ihrem Stuhl etwas raschelte und bemerkte beim Ansehen, daß die neben ihr sitzende Rothe ängstlich wurde und nach ihrer linken Hand griff mit dem Bemerkten: Die Geister verflüchtigen sich, wenn Sie sich umsehen und die Hände nicht auf dem Tisch gehalten! Sie habe dann nochmals versucht, mit der Hand nach hinten zu greifen, weil sie dort Blumen zu sehen glaube, die Rothe habe jedoch ihre Hand abermals mit sanfter Gewalt zurückgehalten und dabei gesagt: Die Geister verflüchten Ihre Hand abzugeben, halten Sie doch den Tisch fest!

Das schlechte Essen im Jenseits.

Bädermeister Grose wohnte einer Sitzung bei, in der die Rothe durch ihren „Kontrollgeist“, das „keine Friedchen“, den Geist des alten Steinlopfers aus den „Kreuzschreibern“ erscheinen ließ, der sich in beweglichen Worten über die ungenügende Nahrung im Jenseits beklagte und mit den Worten schloß: „Ach wenn ich doch nur noch einmal an einem aufbehaltenen Löffel essen könnte!“ (Weiterf.) Ein anderes Mal ließ sie den Geist eines schmerzlichen Landknechts einen langen juristischen Vortrag über das Thema: „Recht und Unrecht in dieser Welt“ halten. Der Zeuge erklärt auf Befragen, daß es ihn wenig gemacht habe, daß die Geister im Jenseits so schlechtes Essen bekommen sollten, daß sie sich deswegen nach dem Diesseits girtelten. Er hat deshalb weitere „Seancen“ nicht mehr besucht. Vorf.: Sie sollen Jenseits Vorstellungen deswegen gemacht haben? Zeuge: Ja, ich sagte ihm: Den Hunger von dem Steinlopfers begehrt ich nicht. Entweder, es gibt etwas, was höher ist als unsere Vernunft, oder Sie und die Rothe sind die abgefallenen Betrüger, die mir jemals vorgekommen sind! Vorf.: Und was erwiderte Jenseits darauf? Zeuge: Er schloß vorläufig ab. Verh. Schmidt: Herr Zeuge, die Angeklagte stellt mir mit, daß Sie ein Kind haben, das selbst Medium ist? Zeuge: Meine Tochter ist ein Schreibmedium, aber Spiritismus und Geisteserei sind ja nicht dasselbe. Meine Tochter, die jetzt 15 Jahre alt ist und sich viel mit spiritistischen Dingen beschäftigt hat, schreibt oft Sachen, die mich überreichen und von denen sie sonst nichts weiß. Trotzdem bin ich der Meinung, daß es besser für eine Familie ist, wenn sie sich nicht mit dergleichen Dingen beschäftigt. Dr. Thiele: Halten Sie auch die „Trance“-Reden der Rothe für Schwindel? Zeuge: Darüber kann ich ein Urtheil nicht abgeben.

Ein Rob aus dem Jenseits.

Die Gattin dieses Zeugen, Frau Grose, bekennt sich als entschiedener Anhängerin des Spiritismus und hält die Produktionen der Angeklagten für echt. In einer „Seance“ habe die Angeklagte ihr den Geist ihres verstorbenen Großvaters erscheinen lassen, der ihr eine Note als Dank dafür durch Vermittlung der Angeklagten überreicht habe, daß sie eine so gute Frau sei. (Weiterf.) Der Kaufmann Schuderer erklärt, daß er nur einer Sitzung beigewohnt habe und dabei durch den eigenartigen fernen Blick der Angeklagten so faszinirt worden sei, daß er darüber ganz davon abgekommen sei, die einzelnen Manipulationen genau zu verfolgen. Kaufmann Schuderer hat in einer „Seance“ den Ring seines Vaters von der Rothe erhalten, der diesem mit in's Glas gegeben worden war. Er hege jetzt Zweifel an der Echtheit desselben.

Spiritist und Materialist.

Der Sekretär A. Ott des spiritistischen Vereins „Bische“ hat die Angeklagten in zwei Sitzungen für echt gehalten, in einer dritten habe er sich aber neben ihr gesetzt und sofort auf ihre Finger gesehen und nun habe sich nicht das Geringste ereignet. Eine Durchsichtung der Akten habe Jenseits schon vorher mit dem Bemerkten abgelehnt, daß durch das Heben der Hände die guten Geister verschreckt würden. (Weiterf.)

Bädermeister Kieh hat für 2 Sitzungen je 8 und 5 Mark gezahlt und wird von R. A. Schmidt gefragt, ob er das Geld auch gezahlt haben würde, wenn er gewußt hätte, daß die Sache nicht echt war. Zeuge: Nein. Verh.: Aber Sie verleben doch einen interessanten Abend? Zeuge: Für so viel Geld habe ich schon interessantere Abende verleben. (Weiterf.)

Eine „Seance“ vor Stiller u. A.

Es folgen dann wieder Verlesungen konfirmirter Zeugenvernehmungen. Der insidierende verstorbenen Schneidermeister Baron, der Vorsitzende des spiritistischen Vereins „Sonnenlicht“, hat eine Sitzung mit der Rothe in der Wohnung des Rechtsanwalts Verh. Richter veranlaßt, der auch der Reichstagsabgeordnete Hofprebiger a. D. Stiller, Generalleutnant v. Pappenheim und mehrere Offiziere beizugewohnt. Hier sei überhaupt keine Entschädigung an die Angeklagte gezahlt worden, da sie sich damals von dem Verdacht reinigen wollte, als ob sie etwa Tauschspieler-Kunststücke zum Besten gebe. Einem Zeugen Rodas hat die Angeklagte in einem Kabinett seine Mutter als Geist gezeigt.

Weitere „Sinnen-Seancen“.

Ein Ehepaar Gottschall hat ausgesagt, daß sie einmal auf Veranstaltung zweier hochgeachteter Damen zwei „Seancen“ mit der Rothe erlebt hätten. An diesen nahen eine Dame aus Fern und eine aus Nien teil. Der ersten Dame habe die Rothe in der „Trance“ einen Unfallgeheimnis, der anderen ein nur in Griechen-

land vorkommendes Gras überreicht. Dabei habe sie beiden Damen sagen können, woher sie stammten und was sie nach Deutschland geführt habe. Ein Zeuge Stiller hat einer „Seance“ beigewohnt, in der ein besonderes Licht erstrahlt wurde und in das man die Angeklagte sah. Nach einiger Zeit sei ein phosphoreszendes Leuchten in dem Licht erschienen, es seien Blumen durch die Luft geflogen und schließlich habe man deutlich Geister aus dem Licht treten sehen, die im Zimmer umhergingen. Er, Zeuge, habe nachher einen Schleierrest auf dem Boden gefunden, den einer der Geister berührt habe und den er heute noch aufbewahrt. Ein anderer Zeuge hat befunden, daß die Angeklagte wiederholt meterhohe Witzensprünge apporirt habe.

Der gläubige Rechtsanwalt.

Rechtsanwalt Meyer aus Biegen in Sachsen hat auf einer Reise nach den böhmischen Bädern in einem Hotel in Jaidau die Angeklagte zufällig kennen gelernt. Er sei schon vorher Spiritist gewesen und sei durch die Vorstellungen der Angeklagten, deren Schnippt Joeden, daß er sie wiederholt zu Beibehaltung vorzuziehen habe. Dabei habe die Angeklagte oft über einen halben Schüssel Blumen apporirt und veranlaßt, daß sein verstorbenen Vater einen Satz in ein nur ihm zugängliches Buch geschrieben habe des Wortlauts: Es grüßt Dich Dein Vater aus der Westheim! Er, Zeuge, sei daher von der „Mediastat“ der Angeklagten überzeugt und habe deshalb auch seinerzeit ihre Vernehmung in Jaidau übernommen, wo sie einmal wegen großen Unfalls vor dem Schöffengericht stand. Am Schluß seiner Vernehmung hat der Zeuge Meyer noch angegeben: Er halte noch wie vor davon fest, daß die Angeklagte ein Medium sei und daß der Spiritismus seine Berechtigung habe. „Ich begreife nicht, wie die materialistische Wissenschaft das Wollen überirdischer Kräfte ablehnen kann, da sie damit Gott und die gesunde Vernunft verleugnet!“

Aus naturwissenschaftlichen Gründen

hat sich der letzte Zeuge Stud. Steinacker, Köln der Angeklagten gegenüber und die Überzeugung gewonnen, daß aus wissenschaftlichen Gründen der Spiritismus zur Wissenschaft erhoben werden müsse. Die Angeklagte habe überraschende Proben medialer Kraft gegeben. So habe durch ihren Mund ein verstorbenen Verlobten zu ihm gesprochen und außerdem habe sie erkennen können, daß er physisch krank war. Auf die bestimmte Frage des Vorsitzenden, ob er an ihre Echtheit glaube, gibt der Zeuge ausweichende Antworten. Die Frage, ob er sich geschädigt fühle, verneint er. Denn selbst wenn alles Betrug sein sollte, würde er gern das Dreifache für die dann doppelt erscheinliche, eminente Zauberkunstfertigkeit der Angeklagten zahlen.

Darauf wurde die Sitzung um 3 Uhr Nachmittags auf morgen früh vertagt.

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 25. März 1905.

*** Verletzungen.** Stationsverwalter Gerhard v. Briel in Kremsier, Mo., wurde nach Wahlen, Betriebsassistent Wilhelm Hof in Karlsruhe nach Mannheim verlegt.

*** Gütertarif für den Mannheimer Industriezweig.** Auf eine gemeinsame Vorstellung des hiesigen Stadtraths und der Handelskammer hat das Ministerium des Groß- und Handelsverkehrs die tarifliche Gleichstellung mit den Frachtlagen des Generalverkehrs-Wahndes zugestanden, gleichviel ob diese Güter vom Schiff auf die Eisenbahn oder umgekehrt oder von Eisenbahnwagen zu Eisenbahnwagen — mit oder ohne Zwischenlagerung — umgeschlagen werden.

*** Warnung.** Eine Badepferd-Firma, die keine Mittel besitzt und sich mit Kleinvermögensbesitzern befaßt, hat in letzter Zeit einigen Mannheimer Firmen, auch Industriellen, ihre Dienste angeboten. Näheres ist auf dem Bureau der Handelskammer zu erfahren.

*** Erinnerungen aus dem „alten Jahr“.** Aus Mülheim wird berichtet: Vor einigen Tagen wurde wiederum ein Militärpferd von anno 48 zur großen Armee verbannt. In Villingen stand das 12jährige Geis Leopold seit Vormittags 10 Uhr des 12. März und wurde am 14. März, begleitet vom Militärverein und vielen Leidtragenden von nach und fern zur letzten Ruhe geleitet. Dierbei wurde, wie üblich, auch seines Lebensjahres gedacht, und mancher Heitere kam da zur Meinung, daß der Verstorbene immer ein Mann von gutem Humor war. So z. B. wurde auch sein Erlebnis erzählt, daß er in Stanten erfuhr, während der Belagerung im Jahre 1843. Als gebildeter Dragoner wurde er von der prov. Regierung sofort einberufen und als dann die Mannschaften vom 18. Lebensjahre ab auch einberufen und nach Stanten beordert wurden, fanden die Wollinger ihren Leopold als Quartiermeisterausgeber vor dem Hauptquartier, in welchem Stante residierte. Nicht lange darauf rückte das Regiment von Freiburg gegen Stanten vor und da erklärte Leopold ganz ruhig: „Liebe Landleute, machet daß ihr fortkommt, gegen Militär laßt ihr nichts machen!“ Diesen Rath befolgten sie auch und gingen durchs Mühlthal über Margell der Heimat zu, wo Leopold aus dem nahe gelegenen Bismarck konnten sich nicht recht geistig retten und blieb ihnen nichts übrig, als sich im Kreuzwiesbause im Keller unter einem großen Foh zu verdecken. Nachdem der Spitzel und die Schleicherei auf der Straße sich etwas legten, fragten die so sicher Versteckten einander: „Wemisch m'r guwinne?“ Erzählten dieses ließ sich oft von dem nun Tabinngeschiedenen jene Erlebnis erzählen und hatte stets eine Freude an dem munteren und humorvollen Erzähler. Einer jener unter dem Foh im Kreuzwiesbause verdeckten Freiheitkämpfer aus dem Stanten-Strubelpusch lebt heute noch.

*** Eiferstuch macht blind.** Aus Mainz wird folgendes hübsche Vorkommnis berichtet: Vorgestern Nachmittag lehrte ein noch nicht lange verheirateter hiesiger Mann von einem Spaziergange zurück und fand im Wohnzimmer seine junge Frau auf dem Sopha sitzend und einen Mann vor ihr stehend. Einen Augenblick war der Gatte sprachlos, dann aber faßte ein gewaltiger Hieb mit dem Spagierstock auf den Rücken des Fremden, welcher entsetzt aufsprang. Erst als gewahrte der Eiferstuch, daß es ein ihm bekannter Schulmagister war, welcher seiner Frau das Maß zu einem Paar Schuhe nehmen wollte.

Die Rede des Oberbürgermeisters Beck,

welche dieser bei der gestrigen Generaldiskussion über das Budget der Stadt Mannheim für 1905 hielt, lassen wir nachstehend im Wortlaut folgen:

Die Aufstellung des Voranschlags erfolgt regelmäßig seit Jahren in der Weise, daß zunächst die Einnahmen, sodann die Ausgaben zusammenge stellt werden, und nach Gegenüberstellung des Jaccis die erforderliche Umlage berechnet wird. In diesem Jahre wurde zum erstenmal das umgekehrte Verfahren eingehalten und an die Spitze der Voranschlagsverhandlungen der vom Stadtrath einstimmig acceptirte Satz gestellt: „Der Umlagesatz von 68 1/2 darf unter keinen Umständen eine Erhöhung erfahren und es sind deshalb die Ausgaben so zu bemessen, daß man mit diesem Umlagesatze noch auskommen vermag“. Ausschlaggebend dafür, die Umlage unter keinen Umständen zu steigern, war die Erwägung, daß in einer so plöglich herein gebrochener Zeit des wirtschaftlichen Niederganges eine Umlagerhöhung doppelt schmerz empfinden würde und zwar nicht bloß von den Unbemittelten, sondern auch von dem Mittelstande und den Höher- bemittelten, die mit hohen Steuerkapitalien beizugegen werden, ohne daß entsprechende Einnahmen gegenüberstehen. Sodann war entscheidend eine gewichtige Erwägung der kommunalpolitisch, daß nämlich die beträchtliche Höhe der Mannheimer Umlage sehr ungünstig die Raumverhältnisse von Industrie, die Niederlassung von

Leistungsfähigen Trägern großer Steuerkapitalien beeinflusst und deshalb der fortgesetzten Erhöhung des Umlagefußes energig Schranken zu setzen seien.

Bei der sich nun anschließenden Berechnung des Gemeindefinanzbedarfes wurden nun zwei Gesichtspunkte besonders berücksichtigt: nämlich zunächst, daß dieser Umlagefuß von 58 % auch unter den vielfachsten ungünstigsten Verhältnissen des Jahres 1904 noch festgehalten sei; es darf also nicht bloß eine Lastenabwälzung vom Jahre 1903 auf das Jahr 1904 eintreten, sondern es müssen die angestrebten Ausgabenverminderungen für mehrere Jahre möglich sein. Sodann, es dürfen keine nur für den Augenblick berechneten, auf Kosten einer soliden Wirtschaft erzielten Ersparnisse angestrebt werden; die Vorrichtung eines sorgfältigen Haushalts in Bezug auf gute Unterhaltung des städtischen Immobilien- und Mobiliarvermögens darf nicht außer Acht gelassen werden.

Wenn Sie berücksichtigen, daß einerseits augenscheinlich ein Zurückgehen der Einnahmen in sicherer Aussicht stand, andererseits das Anwachsen des Aufwandes auf vielen Gebieten des Gemeindelebens ein unabweisbares ist, so erscheint es begreiflich, daß das unerbittliche Schicksal der bisherigen Umlage viele auch recht fühlbare Eingriffe in das bisherige Budget zur Folge hatte, daß starke Abstriche in den gewohnten Ausgaben für die städtischen Ämter eintreten mußten, daß viele Lieblingswünsche, auch manches durchaus berechtigende Verlangen, z. B. die Ausbesserung zahlreicher Beamten, unerfüllt bleiben mußten.

Zu Gunzen wurden in den Budgets der städtischen Ämter und Betriebe circa rund 300 000 M. abgetrieben. Von jeder Verringerung des Aufwandes wurde abgesehen im Armenbudget; es wurden im Gegenteil die weiter geforderten 62 080 M. voll bewilligt. Das Gleiche gilt von dem Aufwande für die Volksschulen und Bürgerschulen, für die eine Mehrforderung von 178 000 M. einstimmig bewilligt wurde, die sich sehr wohl erhöht durch die Mehrverwendungen für die Einführung der erweiterten Volksschule in Rasthof und Waldhof. Der Gesamtaufwand für die Volksschule beträgt rund 1 700 000 M., was einem Umlagebeitrag von fast 24 % gleichkommt, während wir noch im Jahre 1904 nur eine Umlage von 17 % für die Volksschule erhoben.

Daß wir im übernächsten Jahre, vielleicht zum kleineren Theile schon im nächsten Jahre, den städtischen Ämtern wieder größere Summen zur Verfügung stellen müssen, ist unzweifelhaft, da auf die Dauer dieselben mit den beträchtlichen Einschränkungen nicht auskommen können. Die heilsame Wirkung wird allerdings wohl auf mehrere Jahre zu verpflanzen sein, daß man sich auch mit geringeren Summen begnügen muß, wo man bisher aus dem Vollen zu schöpfen gewohnt war; es wird für die meisten Exekutivbeamten, da sie persönlich für jede Mehrforderung haftbar gemacht sind, eine Mahnung zum vorsichtigeren und sparsameren Umgange mit Geldausgaben sein.

Wenn wir über wirtschaftliche Nothlage, über die Nothwendigkeit, an allen Ecken zu sparen, klagen, befinden wir uns in der guten Gesellschaft von vielen deutschen Städten und der meisten Städte; überall tragen die Finanzverhältnisse dieselbe unerschütterliche Signatur: Verminderung der Einnahmen, Defizit und die daraus sich ergebende Nothwendigkeit, mit Steuern und Umlagen in die Höhe zu gehen. Sollte es uns gelingen, über diese Periode der wirtschaftlichen Niedergang und ohne Umlageerhöhung hinwegzukommen, wozu es nach meinem Dafürhalten nur des guten Willens, des einträchtigen Zusammenwirkens der beiden Kollegien bedarf, so dürfen wir uns glücklich preisen und mit Stolz auf unsere gesunde Finanzorganisation hinblicken.

Hätte man meinem in früheren Jahren so oft wiederholten Rathe, einen bestimmten Umlagefuß dauernd festzuhalten, Folge geleistet, so hätten wir seit 9 Jahren den gleichen Umlagefuß, wie dies andere badische und deutsche Städte mit bestem Erfolge zu verzeichnen haben, denn wir haben seit 1894 im Ganzen 23 321 810 M. in Umlagen aufgebracht, was fast genau einer jährlichen Umlage von 48 % entspricht, während wir in der That eine Umlage erhoben, die zwischen 45 und 58 % schwankte und sich 5 Mal veränderte. Daß diese so oft vergeblich empfohlene Stabilität des Umlagefußes sowohl das finanzielle Ansehen der Stadt nach Außen gehoben, als auch unseren Mitbürgern als Umlagezahler nur Vorteile gebracht hätte, wird man wohl heute nicht mehr bezweifeln können; auch wären uns die erfolglosen Budgetdebatten erspart geblieben. Um so mehr empfehle ich, geknüpft auf diese Erfahrung, das Festhalten an dem jetzigen Umlagefuß für die nächsten Jahre und warne davor, denselben zum Spielball der Parteipolitik zu machen.

Wenn ich nun übergehe zu einem Rückblick auf das verfloßene Jahr, so hatte die seit 8 Jahren fortgesetzte Einziehung der Reserven eine weitere Verminderung im vorigen Jahre im Betrage von 208 018 M. zur Folge und wir treten nur mit einem verminderten Haushaltsbedarfe von 178 000 M. in das neue Gemeindefinanzjahr. Aus dieser Thatsache ergibt sich auch die zureichende Rechtfertigung der durch die Majorität erfolgten vorläufigen Festsetzung des Umlagefußes; eine niedrigere Umlage, wie sie von anderer Seite beantragt wurde, hätte das finanzielle Ergebnis des verfloßenen Jahres um weitere rund 300 000 M. verschlechtert.

Fragen wir nach den Ursachen, welche im laufenden Jahre das Budget so außerordentlich ungünstig gehalten, so sind es die heute schon feststehenden Mehraufgaben und Mehreinnahmen im Betrage von nahezu einer Million, die uns in sicherer Aussicht stehen. Im Einzelnen sind es folgende Positionen: 1. Ausfall der Mehreinnahmen an Umlagen in Folge Erhöhung des Steuerkapitals (1901: 380 000 M.; 1902: 292 400 M.; 1903: 1100 M.). 2. Weniger-Einnahme vom Vorjahr (Mehrschätze) 71 800 M. 3. Rückgang der Umlagenbeiträge 53 200 M. 4. Mehrausgabe für Volksschulen und Bürgerschulen 175 200 M. 5. Mehrausgabe für Reformschule 33 300 M. 6. Mehrausgabe für Schulmannschaft 21 900 M. 7. Mehrausgabe an Armenaufwand 82 100 M. 8. Mehrausgabe an Umlage-Abgang und Rückvergütung 133 000 M. 9. Amortisationsquote des 1898er Anlehens 85 400 M.

Daß im laufenden Jahre bei den so außerordentlich beschnittenen Einzelbudgets nur mit größter Behutsamkeit zur Vermeidung von Ueberschreitungen verfahren, nur mit größter Sparsamkeit an den Wägen des Budgets herangeht werden darf, ist selbstverständlich und ich möchte nur, um einer unerlässlichen Pflicht zu genügen, auch an Sie die Bitte richten, sowohl im Laufe der Budgetverhandlungen als auch während des Jahres die größte Zurückhaltung zu beobachten bezüglich neuer Ausgaben; denn es ist leider bereits auf uns ein durch die Umlage von 58 % nicht gedecktes Defizit von rund 12 000 M. zu lasten, das ich hoffe, daß diese alljährlich in einbringlichster Weise von mir gepredigte Mahnung zur Sparsamkeit von größerem Erfolge begleitet wäre, als in den Vorjahren; denn, wie schon früher erwähnt, außer den den Reiz der Neuheit nicht mehr gewährenden alljährlichen Angriffen auf die Post. Kennzeichensbeitrag und Festlichkeiten, entsinne ich mich in 12 Jahren keines beachtenswerthen Vorschlags auf Ersparnisse, wohl aber zahlloser Anträge auf Mehraufwendungen.

Es ist damit das natürliche Verhältnis zwischen Bürgerausgang und Stadtrath beziehungsweise Oberbürgermeister total verschoben. Die Initiative zu Herstellungen, zu neuen Ausgaben, sollte naturgemäß dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern beziehungsweise dem Stadtrath zufallen; den im Geldausgaben zurückhaltenden, das Anwachsen des Gemeindefinanzbedarfes, im Interesse der Umlagezahler retardierenden Faktor sollte der Bürgerausgang bilden. Würde nicht seitens des Bürgermeisters eine Sitzung für Sitzung, Tag für Tag energig die zur Stadtrath führende Meinungsbildung gehandhabt werden, würde die Bürgerausgang sonderbare Rechnungsabläufe erleben.

So nachdrücklich und auch erfolgreich schon im vorigen Jahre bei den technischen Werken an hauswirtschaftliche Verwendung der Budgetmittel hingedrängt wurde, so wurde aber auf der anderen Seite durchsicht nicht gelangt mit der Fortführung und dem Neubeginn außerordentlicher Unternehmungen, theils um Handwerken und

anderen Gewerbetreibenden, namentlich aber auch dem Arbeiter in den Zeiten des industriellen Stillstandes genügende Gelegenheiten zum Verdienste zu bieten, theils aber auch die günstige Gelegenheit der weniger kostspieligen Bauzeit auszunutzen. Es wurden im Jahre 1902 fast doppelt soviel als im Durchschnitt der letzten 12 Jahre, nämlich im Ganzen 8 700 846 M. verausgabt und zwar im Tiefbau etwa 3 1/2 Millionen, darunter fast eine Million für Straßen, ferner für Industriebau, Kanalisation u. s. w., etwa 1 Million für Straßenbau, etwa 2 Millionen für Hochbauten u. s. w. Durch den Hinweis auf diesen enormen Aufwand im außerordentlichen Budget entfällt wohl auch jede Möglichkeit eines Vorwurfs, als ob wir in übertriebener Kargheit nicht die gesunde Entwicklung unserer Stadt energig gefördert hätten.

Zum Schluß möchte ich einige Streiflichter auf die Entwicklung unserer Stadt, unserer Finanzen werfen, die — wenn auch nicht ohne Schaden — deshalb ohne Schönfärberei wohl im Stande sind, das düstere Gegenwartsbild unseres laufenden Budgets etwas in den Hintergrund zu drängen.

Die Bauhätigkeit ist noch weiter zurückgegangen. Es wurden Wohngebäude hergestellt: im Jahre 1900: 378, 1901: 286, 1902: 247.

Von den Wohngebäuden kommen auf die einzelnen Stadttheile: Innenstadt 32 mit 223 Wohnungen, östliche Stadterweiterung 41 mit 227, Schwefelinger Vorstadt 53 mit 380, Rindenhof 17 mit 138, Jungbusch und Wühlau 8 mit 88, Redardvorstadt 67 mit 469, Rasthof-Baldhof 12 mit 66 und Redaran 19 mit 65 Wohnungen; zusammen 247 Wohngebäude mit 1595 Wohnungen.

In der Redardvorstadt und Schwefelinger Vorstadt, wo die Baup speculation noch immer die größten Gewinne erhoffte, wurde also der größte Theil der Wohngebäude erstellt.

Im Hinblick auf die im letzten Jahre eingetretene Bevölkerungszunahme — es werden rund 1000 Personen angenommen — hat eine Wohnungsüberproduktion stattgefunden, die bei der letzten Zählung leer stehender Wohnungen deutlich genug zum Ausdruck gekommen ist.

In den letzten Jahren wurde der Wohnungsmarkt sehr reichlich mit Kleinwohnungen versehen. Infolge Abnahme des Begehrs nach denselben sind im vergangenen Jahre mehr größere Wohnungen von 6 und 8 Zimmern erstellt worden; prozentual entfällt jedoch immer noch etwas über die Hälfte aller erstellten Wohnungen auf solche mit 1 und 2 Zimmern.

Die Gesamtsumme des Werths der durch Kauf, Tausch und Verfeinerung übergegangenen Grundstücke vermindert sich seit 1900 von Jahr zu Jahr. Während dieselbe 1900 noch 45,6 Millionen betrug, war sie 1901 auf 29,6 Millionen und 1902 auf 27,0 Millionen herabgesunken. Ganz besonders verfolgt der Umsatz an Bauplätzen eine rückläufige Bewegung von 8,8 Millionen 1900 auf 7,7 Millionen 1901 und 3,6 Millionen 1902.

Die Gemarkungsfläche der Stadt Mannheim hat sich im abgelaufenen Jahre nicht verändert. Mit ihren 6007 ha hat die Gemarkungsfläche Mannheims Ende 1900 unter 33 deutschen Großstädten den 6. Rang eingenommen. Größere Gemarkungen hatten nur Köln, Frankfurt a. M., München und Straßburg i. E. Die Reichshauptstadt mit 6350 ha steht um 257 ha hinter Mannheim zurück. Die Einwohnerzahl hat reichlich Platz für ausgedehnten, denn es kommen auf 1 Einwohner 463 qm oder auf 1000 Einwohner 46,31 ha.

Die seit Jahren anhaltende fortwährende Steigerung der Fläche des städtischen Grundbesitzes hat auch im abgelaufenen Jahre stattgefunden und es beträgt nunmehr das Gesamtflächenmaß des städtischen bewertbaren Grundbesitzes (also ohne Wälder, Straßen, Feldwege) 2087 ha 32 a 96 qm; 1891 betrug dasselbe 505 ha 16 a 21 qm. Läßt man die Einverleibungen mit rund 1418 ha außer Betracht, so ergibt sich für die letzten 12 Jahre immer noch eine Vermehrung von 105 ha oder rund 9 ha jährlich. Während der städtische Grundbesitz 1890 noch 28,07 Proz. der gesamten Gemarkungsfläche betrug, ist er 1902 auf 31,59 Proz. derselben gestiegen.

Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen bewertbares Gemeindefinanzjahr 1902: 67,91 qm, 1902: 143,46 qm. Eine sorgfältige Bodenpolitik hat also auch in dieser Beziehung, wie bei Herbeiführung der Vergrößerung der Gemarkungsfläche, für Vergrößerung des Grundbesitzes forschreitend mit der Bevölkerungszunahme Sorge getragen. Sie ist sogar noch weiter gegangen. Während dort (Gemarkungsfläche) sich der Kopftheil um 60 Proz. erhöht hat, ist er hier (Grundbesitz) um etwas mehr als 100 Proz. gestiegen.

Im Vergleich zu anderen Städten kann der hiesige Grundbesitz als ein ganz erheblicher bezeichnet werden. Nach dem Stand Ende 1900 bezog Ende 1901 hat Mannheim von 33 deutschen Großstädten den 11. Rang hinsichtlich des Flächenmaßes überhaupt und den 8. Rang bezüglich des Kopftheils.

Wird nur der innerhalb der Gemarkung liegende, für eine Bodenpolitik in erster Reihe in Betracht kommende Grundbesitz in Berücksichtigung gezogen, so liegen die Verhältnisse noch viel günstiger, denn unsere Stadt ist mit ihren innerhalb des Stadtbezirks (Gemarkung) gelegenen 2019 ha Ende 1901 nur von Frankfurt a. M. mit 4221 ha überflügelt.

Da mehr als die Hälfte des Mannheimer bewertbaren Grundbesitzes aus landwirtschaftlichen Grundstücken und Bauplätzen besteht, so ist die hiesige Stadterweiterung, wie wenige, in der Lage, auf die künftige Entwicklung der Stadt sowohl in baulicher, hygienischer und sozialpolitischer Richtung ihren bestimmenden Einfluß auszuüben.

Daß ein derartig großer Grundbesitz einen enormen Werth repräsentiert, ist ohne Weiteres klar. Auf Grund angelegter, sehr vortheilhafter Erhebungen und Schätzungen ergab sich als wirklicher Werth des Grundbesitzes nach dem Stand vom 31. Dez. 1890 die Summe von 93 769 975 M. Die Veränderungen der letzten 3 Jahre sind rechnerisch noch nicht genau dargestellt, überschlägliche Berechnungen haben aber ergeben, daß die Verkäufe durch Ankäufe, Schaffung neuer Bau- und Bauplätze, Erbauung von Gebäuden aufgewogen werden, so daß der Werth Ende 1902 ungefähr derselbe, wenn nicht noch höher sein wird.

In Bezug auf die Lage des städtischen Grundbesitzes sei noch bemerkt, daß nach vorgenommener statistischer Erhebungen der Osten in Bezug auf den Werth des Besitzes und der Norden in Bezug auf die Menge desselben bevorzugt sind.

Die ordentlichen Einnahmen der Stadtkasse sind größeren Schwankungen unterworfen.

In den letzten 8 Jahren ist nur der Ertrag aus dem Grundbesitz fortwährend gewachsen. Die Einnahmen aus Straßen, Lärn, Gebühren, die bis mit 1900 sich jährlich steigerten, haben in den letzten 2 Jahren abgenommen. Die Abflüsse der gewerblichen Unternehmungen hatten im Allgemeinen eine aufsteigende Tendenz, waren theilweise aber auch veränderlicher Natur.

Schlachthof und Viehhof liefern verhältnismäßig geringe Ueberschüsse ab, die Abfuhrkraft bringt nicht nur keine Ueberschüsse, sondern bedarf sogar noch Zuschüsse seitens der Stadtkasse zum Betrieb; Gas- und Wasserwerk waren bis jetzt die eigentlichen rentablen Unternehmungen; Straßenbahn und Elektrizitätswerk vergingen vorerst nur ihre Anlagekapitalien.

Die Abflüsse der einzelnen Unternehmungen zur Vergütung und Tilgung ihrer Anlagekapitalien belaufen sich auf etwa

mehr als 1/4 der von der Stadtkasse zu leistenden Ausgaben für Vergütung und Abtragung der gesamten städtischen Schulden. Abflüsse werden von den einzelnen Unternehmungen in ausreichendem Maße vorgenommen.

Die finanziellen Ergebnisse der gewerblichen Betriebe werden durch das Mehr oder Weniger des Verbrauches ihrer Erzeugnisse wesentlich beeinflusst.

Besonders interessant ist eine Vergleichung des Verbrauches elektrischer Energie in hiesiger Stadt mit anderen Städten. Dabei ergibt sich, daß der Privatkonsum für Beleuchtungs- und Heizzwecke in den meisten anderen Städten den hiesiger Stadt übersteigt, dagegen liegt Mannheim in Bezug auf die Abgabe von Strom zu gewerblichen Zwecken sehr im Vordergrund. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß der Strombezugspreis für gewerbliche Zwecke auch ein außerordentlich möglicher ist. Derselbe beträgt 1901 im Durchschnitt pro nutzbarer abgegebener Kilowattstunde nur 9,35 Pfg., Pfaffheim erzielte einen Durchschnittspreis von 27,85 Pfg., Stuttgart 19,51 Pfg., Berlin 34,75 Pfg.

Auf diesen niedrigen durchschnittlichen Satz in Mannheim haben die ziemlich hohen Rabattemäßigungen, besonders aber die billige Abgabe an zwei Großkonzumenten einen bedeutenden Einfluß (die an die elektrische Straßenbahn abgegebene elektrische Energie ist hierbei nicht berücksichtigt). Eine Vergleichung der Ergebnisse des Jahres 1902 ließ sich leider nicht anstellen, da die Abflüsse dieses Jahres noch nicht endgültig festgestellt sind.

Auch die Einnahmen aus elektrischer Beleuchtung mit durchschnittlich 49,03 Pfg. pro nutzbarer abgegebener Kilowattstunde sind im Vergleich mit anderen Städten nieder. Es nehmen z. B. ein: Darmstadt 66,20 Pfg., Düsseldorf 57,30 Pfg., Stuttgart 56,99 Pfg. m. m.

Der Durchschnittspreis elektrischer Energie (zur Beleuchtung, zum Motoren- und elektrischen Straßenbahnbetrieb) betrug 1901 in Frankfurt a. M. 18,22 Pfg., in Mannheim 15,36 Pfg. pro nutzbarer abgegebener Kilowattstunde. Im Allgemeinen wird also wohl Mannheim in Bezug auf die Billigkeit der elektrischen Energie von anderen Städten kaum übertroffen werden.

Andererseits sind auch die Betriebsausgaben des städtischen Elektrizitätswerkes mit 9,01 Pfg. pro nutzbarer abgegebener Kilowattstunde als niedrige zu bezeichnen.

Aus den Konsumverhältnissen des Wasserwerkes soll nur hervorgehoben werden, daß im Vergleich zu anderen Städten die Verwendung des Wassers zu öffentlichen Zwecken, hauptsächlich zur Straßenbespülung eine reichliche genannt werden kann. Es wurden zur Straßenbespülung 1900 69 048 Kubm. verbraucht, gegenüber Darmstadt mit 25 230, Elberfeld mit 32 336, Karlsruhe mit 61 515 und Mainz mit 13 811 Kubm.

Zu den Gemeindefinanzmitteln zurückkehrend sei noch bemerkt, daß der Ertrag der Verbrauchssteuer seit 1898 sich mit Ausnahme einer kleinen Erhöhung im Jahr 1900, von Jahr zu Jahr erniedrigt. Während derselbe 1897 noch 18,48 Proz. aller ordentlichen Einnahmen (also ohne Umlagen) betrug, beläuft er sich Ende 1902 nur noch auf 9,07 Proz.

Die laufenden Wirtschaftsausgaben sind naturgemäß in fortwährender Steigerung begriffen, sie haben sich seit 1896 gerade verdoppelt. Am höchsten hat sich der Aufwand für Vergütung der Schulden eingestellt, der 1896 noch 14,58 Proz. aller Wirtschaftsausgaben betrug, Ende 1902 sich aber auf 24,07 Proz. beläuft. Der Armenaufwand stieg außerordentlich. Der von der Stadtkasse hierzu zu leistende Zuschuß, der 1891 228 800 M. betrug, betrug 1902 auf 515 809 M.

Daß auch der Aufwand auf den städtischen Grundbesitz, für Straßen und Straßenkanäle, die Schulen, Einrichtungen für Gesundheitspflege, zum Schutze gegen Feuergefahr sowie der Verbesserungsaufwand sich bedeutend vermehren mußten, hängt mit der Entwicklung der Stadt zusammen und braucht wohl nicht näher nachgetrieben zu werden. Was speziell den Wohnungsaufwand anbelangt, so ist eine Vergleichung mit anderen Städten ohne Weiteres nur hinsichtlich der Allgemeinen (Central-) Verwaltung möglich. Für die allgemeine Verwaltung (Stadtrath, Bürgermeisteramt, Armen- und Kranken-Wesen, Standesamt, Gewerbe- und Gemeindegerecht, Grundbuchamt, statistisches Amt, Stadtkasse, Rechnungskontrolle etc.) betrug der Wohnungsaufwand nach den Vorausschlägen (Gehaltslisten) 1902: in Mannheim M. 302 200, in Karlsruhe M. 243 530 und in Heidelberg M. 102 850. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen in Mannheim M. 2,51, in Karlsruhe M. 2,46 und in Heidelberg M. 2,56.

Der ungedeckte Aufwand der Stadtkasse mußte bei der großen Steigerung der ordentlichen Ausgaben, der die Erhöhung der ordentlichen Einnahmen nicht Stand halten konnten, selbstredend anwachsen. Während derselbe 1892 die Summe von M. 2 162 400 (doppelt so viel wie 1886, 1 011 000 M.) ausmachte, hat er sich inzwischen mehr als verdreifacht und betrug 1902: M. 4 903 924.

Die Frage, ob die Zunahme der Steuerkapitalien eine dem Aufstiege des ungedeckten Gemeindefinanzbedarfes entsprechende war, kann nicht bejaht werden. Die Summe der Steuerkapitalien und Umschläge hat von 1886/1902 um 205,67 Proz., jene des ungedeckten Gemeindefinanzbedarfes dagegen um 425,74 Proz. zugenommen. Eine Erhöhung des Umlagefußes mußte die natürliche Folge sein. Der prozentuale Antheil des Ertrages der einzelnen Steuerarten an der Gesamtsumme der zur Erhebung gelangenden Umlage hat sich gegen 1886 verschoben.

Die Antheile der Grund-, Häuser-, sowie der Kapitaleinkommensteuern haben sich gegen 1886 erniedrigt, dagegen jene aus Gewerbesteuerkapitalien und Einkommensteuern, letztere sogar wesentlich, erhöht. Bei den Kapitaleinkommensteuern erklärt sich diese Verminderung zum großen Theile daher, daß eine Anhebung des Umlagefußes (8,8 Pfg.) an den Bedarf nicht anging.

Die Steuerkraft hat seit 1886 erheblich zugenommen. Es fielen auf den Kopf der Bevölkerung steuerbare Einkommen: 1886 636,94 Mark, 1891 703,20 M., 1896 713,42 M., 1902 (ohne Vororte) 744,30 M. Die Verhältnisse des Jahres 1903 dagegen gestalten sich gegenüber jenen des Vorjahres ungünstig. Mit Ausnahme des Einkommens aus Grund und Häusern hat bei allen übrigen Einkommensquellen der Bevölkerung eine Abnahme stattgefunden, während andererseits die vom Reinkommen abziehbaren Schuldzinsen von rund 8,8 Millionen auf 9,5 Millionen gestiegen sind. Es waren vorhanden mit einem Einkommen bis 900 M.: 1892 10 098 Steuerpflichtige, 1903 10 222 Steuerpflichtige; die Zunahme beträgt 1,2 Proz., ferner mit einem Steuerkapital von 900—3000 M.: 1892 10 128 Steuerpflichtige, 1903 26 875 Steuerpflichtige; 105,3 Proz. Zunahme.

Die allgemeine finanzielle Besserstellung der Einwohnerkraft kommt hier deutlich zum Ausdruck. Die geringen Einkommen unter 900 M. haben trotz der starken Bevölkerungszunahme fast gar keine Zunahme erfahren. Die größte Vermehrung haben, wie schon erwähnt, die Einkommen von 1000—1500 M., sowie jene von 1600 Mark bis 3000 M. aufzuweisen.

In den außerordentlichen Aufwendungen der Stadtkasse übergehend, soll hervorgehoben werden, daß seit 1892 aus Grundbesitzverkäufen und dergl. etwa 10 000 000 M. eingegangen sind.

Die außerordentlichen Aufwendungen betrugen in den 12 Jahren 1891/1902 im Durchschnitt jährlich ca. 4 000 000 Mark, insgesamt 55 233 485 Mark; 8 700 846 Mark sind hiervon 1902 verausgabt worden.

Nahzu die Hälfte aller außerordentlichen Aufwendungen gescheid für rentirende Anlagen. Es entfallen auf: Gas- und Wasserwerk, Schlachthof, Viehhof, Abfuhrkraft, Elektrizitätswerk, Straßenbahn, Industriebau 22 013 980 M. = 39,8 Proz. Für notwendige Anlagen wurden verwendet und zwar für Straßen und

Handel 18 078 808 29. = 29,1 Proz. für Schulgebäude 5 318 708
Markt = 9,6 Proz. etc.
Entsprechend dem Aufwand für außerordentliche Unternehmungen und Jameda trat auch eine Erhöhung der Schulden der Stadt ein. Von 13 477 046 M. im Jahr 1892 stiegen sie auf 55 254 925 M. Ende 1902. Das Vermögen steigt aber dieselben reichlich auf. Allein der Werth des Grundbesitzes beläuft sich auf beinahe den doppelten Betrag der Schulden.
Der Werth der gewerblichen Unternehmungen ist ebenfalls ein sehr hoher. Es kann das Gesamtvermögen der Stadt, das die Schulden um nahezu 100 Millionen übersteigt, als ein guter Ausgleich der Schuldenlast gelten.

Ist kommt zum Schlusse: Trotz der hoffentlich vorübergehenden ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse und der dadurch gebotenen Einschränkungen wollen wir nicht den Muth sinken lassen, sondern zielbewusst fortarbeiten auf der bisher betretenen Bahn, neben der Befriedigung der Augenblicksbedürfnisse auch einer künftigen glücklichen Entwicklung Mannheims auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrs durch groß angelegte Unternehmungen nach Thunlichkeit die Wege zu ebnen.

* Tödlicher Unfall. Auf der hiesigen Schiffswerft ereignete sich heute Mittag ein schwerer Unglücksfall. Der Schlosser Ludwig Koch, 16, Quercystraße 31a wohnhaft, welcher an einem neu erstellten, zum Abheben fertigen Schiffsselevators zu thun hatte, wurde erdrückt, so daß der Tod sofort eintrat.

Aus dem Großherzogthum.

* Schwetzingen, 24. März. Bei der heute Vormittag stattgefundenen Bürgerauswahl für die erste Steuerklasse wurden gewählt die Herren: Dr. Carl Baumann, prakt. Arzt mit 58, Ed. Eberhardt, Fabrikant mit 58, Joh. Jos. Kadel mit 58, Hg. Mundl, Landwirth mit 44, Leop. Häfner, Fabrikant mit 56, Abrah. Hoffmann, Landwirth mit 58, Professor Ferd. Kun, Anier, Direktor mit 57, Albert Koch, Druckermeister mit 58, Max Pöcher, Kaufmann mit 56, Georg Wils, Kömer, Schmiedemeister mit 58, Hg. Schm. Sattler mit 52, Joh. Georg Velschöffer, Wirth mit 59 und Joh. Wipfinger, Fabrikant mit 57 Stimmen. Weitere Stimmen entfielen auf Herrn Carl Wils, Fabrikant 27. Von 56 Wahlberechtigten haben 59 abgestimmt.

* Weinheim, 24. März. Gestern Nachmittag fand dahier die Wahl der Niederbeseizerten (8. Klasse) zum Bürgerausschuß statt. Von 1311 Wahlberechtigten haben 769 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Der Wahlvorschlag der bürgerlichen Parteien siegte mit 891 Stimmen in der Mehrzahl; nur 8 der Vorgesetzten mußten den Sozialdemokraten, die 876 Stimmen erzielten, den Platz räumen. Aus der Mitte der letzteren mußten nun 8 Mitglieder ausgelost werden. Heute Abend findet im Hofhaus zum grünen Baum für die mittlere Wahlklasse eine öffentl. Wählerversammlung statt. — Am Donnerstag, 2. April, bezieht die hiesige Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes eine Gedächtnisfeier der Wiederkehr des Geburtstages des verstorbenen Fürsten Bismarck im Eintrachtsloale, bei welcher u. A. Herr Hofmeister Meander aus Hannover in einem Bildbühnenortrag das Leben und Wirken des unvergessenen großen Mannes darstellen wird.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

* Mainz, 24. März. Wegen Vorverhaft verhaftet wurde der Rulmann Franz Obo. Der Verhaftete kam am Sonntag etwas früher zum Essen nach Haus, worüber ihm seine Frau Sociorfe machte. Bei dieser Gelegenheit ergreift der Mann ein feistehendes Messer und sticht es seiner Frau mit dem Ausruf: „Ich bringe dich um“, in die Seite. Zum Glück traf das Messer das Herz, wobei die Klinge entzwei brach. Die Frau ergreift die Flucht und machte von dem Vorfall Anzeige. Obo kam ins Untersuchungsgefängniß.
* Mainz, 24. März. Es ist nunmehr definitiv entschieden, daß der wegen Unterschlagung verhaftete Majoree Hermann einer Heilanstalt überwiesen wird, um denselben auf seinen geistigen Zustand untersuchen zu lassen. Abzusehen ist, daß Hermann bei seinen eigenen Vorgesetzten seiner Überzeigung werden wegen schon lange Maje geführt hat und sollte ihm sogar ein längerer Urlaub für den Besuch eines Seebades bewilligt werden.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kleine Mittheilungen. Aus Freiburg wird und geschrieben: Montag Abend fand Herr Universitätsprofessor Dr. v. Kahl den an einem Personallage. Der Verlorbene war 1859 in Röhren geboren. — Auch die Münchener Polizeibehörde hat die Aufführung von Paul Desse's „Maria von Magdala“ verboten. Seitens der Direktion des Münchener Schauspielhauses wurde gegen das Verbot eine Beschwerde bei der Regierung eingebracht. — Die Aufführung des Schauspiel „Der Heilige“ von Paul Henke im Stadttheater zum Hamburg wurde beifällig aufgenommen. Eine erste künstlerische Wädigung wird an dem Stück in der Mache auszuweisen haben. Es ist als Drama etwas schwach; auch der Dialog zeigt Mängel. Die Darstellung konnte im Ganzen befriedigen. — Aus Kiel wird berichtet, daß Polizeipräsident von Puttkamer dem Direktor des Schiller-Theaters die öffentliche Aufführung des Mar Treuer's „Das Thal des Lebens“ verboten hat. — Im Thalia-Theater zu Berlin hatte gestern Abend „Der Posanengel“, eine von den Direktoren verfaßte Aufstättungsposse, einen großen Erfolg. — Zoltis's „Auferstehung“ kam gestern in einer theatralisch sehr geschickten Bearbeitung von Bataille im deutschen Volkstheater zu Wien mit bestem Erfolge zur Aufführung. Zoltis's politische und religiöse Ideen werden in dem Stück kaum berührt, doch enthält es Szenen, die ein großer Dichtergeist belebt.

Theater-Nachricht. Die Judentag theilt mit: Den Abonnenten bleibt das Vorankünd für Montag, 30. März, zur Vorstellung: „Der fliegende Holländer“ — erstes Gastspiel von Frau Emma Beckin — bis Donnerstag, 26. März, Mittags 1 Uhr, gewahrt. Die Abgabe der schriftlich bestellten Eintrittskarten findet Samstag, 18. d. M., Vormittags von 10—1 Uhr statt. — Die Revist, welche am Sonntag, 18. d. M., zur Aufführung gelangt: „Rach Winckelmeier's Fächer“, das Drama eines guten Weibes“ von Oscar Wilde, deutsch von Adoro von Pavia und Hermann Freilich von Ischenberg, hatte sich bei seiner Darstellung in Hamburg und Dresden einen großen Erfolg zu erfreuen. Verein für klassische Kirchenmusik. Das diesjährige Konzert des Vereins für klassische Kirchenmusik unter Direktion des Herrn Hr. Bernide findet am Donnerstag, 26. März, Abends 7½ Uhr in der Trinitatiskirche statt. Als Solisten sind gewonnen: Frau Anna Mode-Heindl, Sopranistin hier (Sopran); Herr Alois Brante, Kontralt aus Frankfurt a. M. (Tenor); Herr Musikdirektor Albert Händel hier (Orgel). Außerdem werden noch Hr. Maxha Kiesel von hier (Alt) und Herr Hermann Neuen aus Frankfurt a. M. (Bass) in einem Solosortiment von Gade solistisch mitwirken. Das Konzert dürfte durch die Mitwirkung unserer allgemein beliebten früheren Primadonna, Frau Mode-Heindl, eine ganz besondere Anziehungskraft ausüben. Aber auch Herrn Kontralt Brante und Herrn Bass Neuen geht der Ruf eines geschulten Sängers mit schöner Tenorstimme voraus und die Leistungen unserer hiesigen Organisten, des Herrn Musikdirektors A. Händel, sind so allgemein bekannt und gewürdigt, daß es unnötig erscheint, noch besonders darauf hinzuweisen. Das Programm wird dieses Mal ausschließlich Werke noch lebender oder erst von kurzer Zeit verstorbenen Komponisten enthalten und gewiß durch ein erhöhtes Interesse, folgende Chöre gelangen zur Aufführung, und zwar alle zum ersten Male: Requiem aus dem

Hinterliedern von Schütz; zwei altdeutsche Minneliedchen, bearbeitet von J. Wäcker; „Sei getreu“ von H. Weich; Webet mit Sopran-Solo (Frau Mode-Heindl) von H. Berger; Motette für Chor a capella und Sopran-Solo (Frau Mode-Heindl) mit Orgelbegleitung von A. Bernide. Die Konzerte des Vereins für klassische Kirchenmusik bieten stets einen reichen erhabenden Genuß und ist deshalb auch der Besuch derselben stets ein sehr harter. Eintrittskarten für Nichtmitglieder sind in den hiesigen Musikalienhandlungen erhältlich.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.
H. Berlin, 25. März. Der Delegirtenrat der konservativen Partei ist heute morgen zusammengetreten. Die gestern Abend abgehaltene Versammlung hat beschlossen, die Verhandlungen streng geheim zu halten.

* Tübingen, 25. März. Der Bankier Breuning wurde wegen Unterschlagung vom Schwurgericht zu 5½ Jahren Zuchthaus verurtheilt. Mildernde Umstände wurden verurteilt.

* Paris, 25. März. (Hrff. Ztg.) Dem Revisor „Gerald“ zufolge ist der Direktor Davis von der Wechselbank von Thomas Cook seit acht Tagen verschunden.

* Rom, 25. März. (Hrff. Ztg.) Wie jetzt bekannt wird, kam die Prinzessin Eulalia, die Zante des Königs Alfonso nach Rom, um den Papst um Scheidung ihrer Ehe zu bitten. Der Papst lies jedoch die Bittstellerin auf Wunsch der spanischen Regierung kühl abfallen.

* Konstantinopel, 25. März. Der Besuch des deutschen Kronprinzen und seines Bruders in Konstantinopel ist jetzt für den 6. bis 9. April festgesetzt.

* Konstantinopel, 25. März. Die Pforte legte gestern den österreichisch-ungarischen und russischen Völkern die allgemeinen Reglemente zur Durchführung der angenommenen Reformen und das finanzielle Reglement für den Dienst der Ottomanbank in den drei macedonischen Vilajets vor. Die Reglemente werden nicht veröffentlicht.

Der Termin der Reichstagswahlen.

* Berlin, 25. März. Dem Vernehmen der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge wird voraussichtlich der Termin der Reichstagswahlen auf den 16. Juni festgesetzt werden.

Berliner Drahtbericht.

H. Berlin, 25. März. Ein neuer Anarchisten-Prozess wird am 27. ds. vor dem hiesigen Landgericht I verhandelt werden. Der Statistiker Roehl wird sich wegen öffentlicher Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten und öffentlicher Aufstörung zum Ungehorsam zu verantworten haben. — Die Berufung des Professors Delbrück gegen das Urtheil des Schöffengerichts, durch welches er wegen öffentlicher Beledigung des Leiters des deutschen Ostmarkenvereins zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurtheilt worden ist, ist von der Strafkammer verworfen worden.

Sitzung des Bürgerausschusses vom Mittwoch, 25. März.

Die Fraktion der Niederbeseizerten stellt folgende Anträge:

Rehr-Einnahmen: 1. Antrag A 67 950. 2. Antrag A 1 300. 3. Antrag A 8 791. 4. Antrag 7 423. 5. Antrag Mark 58 000. Zusammen A 137 770.

Rehr-Ausgaben: 13. Antrag A 3 900. 14. Antrag A 40 000. Zusammen A 43 900. Sa.: 181 070 Mark-Roth.

Rehr-Ausgaben: 7. Antrag A 7 400. 8. Antrag A 9 000. 9. Antrag A 7 525. 10. Antrag A 27 000. 11. Antrag A 1 500. 12. Antrag A 6 000. Zusammen A 68 425. Beschlus: A 12 489. Summa: A 80 914. Ueberschuß A 100 750. Zu verwenden für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Schulen, Ferienkolonien, Knaben- und Mädchenhort, Vorkursen für ein Fremdsprachen.

1. Antrag. Seite 22 zu § 4e Nr. 6, Elektricitätswerk: anstatt den Betrag von 129 413 A den Betrag von 196 000 A in die Einnahme einzustellen und die Abschreibungen des Elektricitätswerks um 67 256 A zu kürzen.

2. Antrag. Seite 24 § 7i 4, Gaswerk: Die Ablieferung des Gaswerkes ist zu erhöhen um 1300 A und dagegen im Spezialetat anstatt 3 pGt. um 2 pGt. aus der Position Hauptrohrleitung abzugreifen.

3. Antrag. Seite 26 § 7i 8, Ablieferung der Schlachthöfe: anstatt 18 297 A den Betrag von 27 088 A einzustellen und den Betrag von 8791 A an den Abschreibungen zu kürzen.

4. Antrag. Seite 28, 7i 9, Ablieferung der Viehhöfe, einzustellen: anstatt 27 801 A den Betrag von 35 274,39 A und im Spezialetat die Abschreibungen um 7428 A zu kürzen.

5. Antrag. Seite 28, § 7i 10, Ablieferung der Straßenbahnlinie: anstatt des Betrages von 12 570 A einzustellen: a) Mehrertrag des Betriebes 20 000 A. b) Erhöhung der Amortisation resp. Ablieferung an die Stadtasse A 45 770 A. Zusammen 65 770 A. Dagegen die Abschreibungen im Spezialetat, weil zu hoch gegriffen, um 33 200 A zu kürzen.

6. Antrag. Spezial-Stat des Gaswerkes, Seite 308—319 vom. E. 24, § 7i 4. Die beantragte der Herabsetzung des Gaspreises für Koch- und Heizzwecke von 14 A auf 12 A pro Cbm.

7. Antrag. Seite 38, § 28 d, 2. Volks- und Bürgerschule: Die Aufhebung der Uebergangsbestimmungen zum Hauptlehrer-Gehaltsloz vom 1. Januar 1903 anstatt vom 1. Juli 1903 an in Kraft treten zu lassen und zu diesem Zweck 7400 A einzustellen, anstatt 9700 A.

8. Antrag. Seite 40, § 31 d, Rothhausbauarbeiten: Anstatt 88 000 A den Betrag von 47 000 A wie im Jahre 1902 wieder einzustellen.

9. Antrag. Seite 52, § 34 a 2, Weimerbeschule (Spezial-Stat E. 242 4a—c): Das Schulgeld der Schüler aufzuheben und den Aufwand für die Weimerbeschule um 7825 A zu erhöhen, d. h. anstatt 56 485 A den Betrag von 64 310 A einzustellen.

10. Antrag. Seite 54, § 34b, Handelsfortbildungsschule. Spezial-Stat Seite 260, 3a und b, das Schulgeld der Schüler im Betrag von 27 090 A zu kürzen und den Zuschuß der Stadtasse von 24 510 A auf 51 810 A zu erhöhen.

11. Antrag. Seite 54, § 34 i 7 (neue Position): Für vier Arbeiter für den Rest des Theater-Jahres eine Lohn-Zulage von 1500 A.

12. Antrag. Seite 58, § 34 g 10a, eine neue Position in den Ausgaben einzustellen. Regelmäßiger Zuschuß für das Arbeiter-Referat A 1000. Erhöhung der Zuschüsse: § 34 i. Öffentl. Bibliothek A 1000. 2. Volksbibliothek A 1000. 3. Altersheimverein A 1000. 23. Knabenhort A 300. 23. Mädchenhort A 500. Zusammen A 6000.

13. Antrag. Seite 56, § 34 g 12a 1 u. 2: Rentniskasse für Arbeiter-Versicherungseinrichtungen den Betrag von 3000 A zu streichen.

14. Antrag. Seite 62, § 35 i 1, Jubiläums-Fonds: Die im Jahre 1902 von dem angehenden Betriebs-Referat für das Jubiläum des Jahres 1906 zurückgehaltenen 40 000 A sind der Stadtasse als Einnahme für das Jahr 1903 zuzuführen.

Oberbürgermeister Wed eröffnet ¼ 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 94 Mitglieder.

Es wird die Verathung des Budgets fortgesetzt und in die Spezialverathung

eingetreten.

Oberbürgermeister Wed theilt mit, daß der Antrag gestellt ist, nicht die Vorschläge der Stadtasse zuerst in Verathung zu ziehen, sondern die Vorschläge der einzelnen Aemter und Anstalten.

Stv. H o h b a g begründet den Antrag, dem Oberbürgermeister Wed entgegenzutreten. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrags.

Stv. S ü k l i n d: Dann dürfen sich die Herren nicht wundern, wenn wir zu jeder einzelnen Position namentliche Abstimmung beantragen. Das wird sicher geschehen. (Ohorufe.)

Es wird nunmehr in die Verathung der Vorschläge der Stadtasse eingetreten. Bei § 1 Knabenhort beantragt Stv. L e d i, die im vorigen Jahre dem Jubiläumsfonds zugewiesenen 40 000 M. der Stadtasse wieder zuzuführen. Im vorigen Jahre sei beschlossen worden, daß diese 40 000 M. dem Jubiläumsfonds nur zugewiesen werden sollen, wenn ein Ueberschuß vorhanden ist. Einen solchen Ueberschuß habe aber das verfloßene Jahr nicht ergeben.

Stv. W e n s h e i m e r stimmt dem Antrage zu, den seine Parteifreunde warm unterstützen würden.

Oberbürgermeister Wed tritt den Ausführungen des Beredners entgegen. Es sei im Vorjahre beschlossen worden, daß die 40 000 M. dem Jubiläumsfonds zugewiesen werden sollen, wenn sich ein Wirtschaftsuüberschuß gegenüber dem Vorschlage ergeben sollte. Nun betrage der Wirtschaftsuüberschuß nach Abzug der 40 000 M. noch 178 506 M. Uebrigens habe der Bürgerausschuß das Recht, bei der im Sommer stattfindenden Rechnungsvorlage für das verfloßene Jahr eine etwaige falsche Veranschlagung zu beanstanden.

Stv. S ü k l i n d bleibt bei seiner Ansicht stehen, daß die 40 000 Mark nicht bewilligt worden seien, da das verfloßene Jahr keinen eigentlichen Ueberschuß ergeben habe.

Stv. W i e h l e r ist der Ansicht, daß im Vorjahre die 40 000 M. mit dem Budget genehmigt worden sind und derausgab werden mußten.

Stv. L e d i und Stv. S ü k l i n d vertreten nochmals ihren Standpunkt.

Stv. Dr. A l t führt aus, daß die ganze Debatte geschäftsordnungsmäßig unzulässig sei. Man habe heute über das Budget pro 1903 zu verathen und nicht über das Rechnungsergebnis pro 1902. Dies könne nur bei der Vorlage des Rechnungsuüberschuß geschehen. Er beantrage Uebergang zur Tagesordnung.

Oberbürgermeister Wed: Es ist der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt worden. Wir stimmen ab.

Stv. S ü k l i n d: Wir beantragen auch über den Antrag des Stv. A l t, zur Tagesordnung überzugehen. (Geistes.)

Es entspinnt sich nun eine heftige Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob der Antrag des Stv. S ü k l i n d unzulässig sei. Stv. D r e e s b a c h ruft seinen Parteigenossen zu: Wir dürfen uns doch nicht selbst übergehen lassen. Stv. W e n s h e i m e r erklärt den Antrag des Stv. S ü k l i n d für zulässig. Stv. L e d i ist der Ansicht, daß der Antrag des Stv. S ü k l i n d verpöndelt gestellt worden ist nur namentliche Abstimmung darüber zu erfolgen habe, ob die 40 000 A dem Knabenhort zugewiesen werden sollen. Stv. S ü k l i n d entgegnet, daß nach dem Antrage des Stv. A l t das Wort einem Redner dafür und einem dagegen hätte erteilt werden müssen. Dies sei nicht geschehen und es liege somit ein Geschäftsordnungsfehler vor. Oberbürgermeister Wed macht der erregten Scene dadurch ein Ende, daß er vorschlägt, über den Antrag des Stv. L e d i namentlich abzustimmen, ob die 40 000 A der Sparkasse wieder zugewiesen werden sollen. Der Bürgerausschuß erklärt sich mit diesem Vorschlage einverstanden. Der Antrag L e d i wird mit 53 Stimmen gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Stv. S c h e n k verlangt im Interesse der Bewohner des Jungbuschgebietes die Niederlegung des ehemals Berger'schen Hauses in der Dülbergstraße. Die lange Dauer der Erledigung der Angelegenheit zeige, daß die Bewohner des Jungbuschgebietes Bürger zweiter Klasse sind.

Bürgermeister v. H o l l a n d e r entgegnet, daß Berger'sche Haus sei seinerzeit von der Stadt mit Rücksicht auf die gewisse Redaktionsangelegenheit erworben worden. Das alte Berger'sche Haus werde noch im Laufe dieses Jahres niedergelegt werden. Vielleicht könne man die Niederlegung für den Winter als Verhandlungsarbeit reservieren.

Oberbürgermeister Wed sagt hinzu, daß das Haus an der Dülbergstraße dem Verfall preisgegeben worden sei. Der Miethvertrag sei nur jährlich kündbar und habe man deshalb mit der Niederlegung noch anzuwarten müssen.

Stv. B o e g t l e wünscht, daß die Niederlegung des Berger'schen Hauses schon früher vorgenommen werde. Die Arbeit sei so klein, daß sie für eine Nothstandsarbeit nicht in Betracht kommen könne.

Stv. N a b e r-Dinkel führt aus, daß die Stadt mit der Viehtränke Uebach wegen der in dem Berger'schen Hause befindlichen Viehtränke einen Prozeß gehabt habe. Seine Ansicht sei der Stadt vom Magistrat die weitere Verpachtung abgeprochen worden. Darnach habe sie doch die Viehtränke gekauft, die Viehtränke weiter zu verpachten, trotzdem es sich hier um eine reine Spielerei handle. Das Lokal sei absolut unbenutzbar und könne er nicht begreifen, daß die Stadt ein detarirtes Lokal weiterverpachten wolle.

Bürgermeister v. H o l l a n d e r erwiderte auf die Darlegung des Vorredners.

Stv. K l e i n ermahnt, von der Maßregel der Stellung einer Kammer durch die Straßeneinweiser abzugehen.

Bürgermeister H o l l a n d e r entgegnet, daß die Maßregel eingeführt worden sei, da es vorgekommen ist, daß aus dem Dienst getretene Angestellte die der Stadt gehörigen Uniformen behalten haben.

Stv. B e n d e r ermahnt den Oberbürgermeister, den Antrag auf Erhöhung der Hundsteuer

wieder aufzunehmen. Die Zusammensetzung des Bürgerausschusses sei seit der letztmaligen Stellung des Antrags eine andere geworden und die Annahme der Erhöhung der Hundsteuer deshalb sehr leicht möglich.

Stv. S c h w e i t e r verpflichtet dem Beredner zu. Niemand gebe es mehr Hunde wie in Mannheim. So sei er kürzlich in Frankfurt gewesen und habe da bei seinem Spaziergang nur drei Hunde angetroffen. Auch bemängelt Redner das freie Herumlaufen der Hunde in Mannheim.

Stv. Dr. W e i n g a r t tritt der Erhöhung einer Hundsteuer entgegen. Uebrigens läme es dem Beredner ja weniger an die Erhöhung der Einnahmen aus der Hundsteuer, als auf die Reduzierung der Zahl der Hunde an.

Stv. D r e e s b a c h ist ebenfalls gegen eine Erhöhung der Hundsteuer. Wenn man ein Mittel angeden könne, um die Zahl der Hunde zu vermindern und um das Herumlaufen der Hunde in den Straßen und den Viehtränken einzuschränken, würde er sofort dafür stimmen. Auch gebe er zu, daß für die Stadt neue Einnahmesquellen nicht leicht zu finden seien, aber auf den „Hund“ sei die Stadt doch noch nicht gekommen.

Es entspinnt sich wieder eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte darüber, wie die gefällten Abänderungsanträge behandelt werden sollen. In der Diskussion beteiligten sich die Stv. Wenzheimer, Zehrig, Eichhorn, Levi und Oberbürgermeister V. d. A. Infolge dieser Diskussion erklärt sich Oberbürgermeister V. d. A. einverstanden, daß zu dem vorher schon passierten § 4, Zinsen von Kapitalien und anderen Forderungen, zurückgeführt wird.

Stv. Wenzheimer ist der Ansicht, daß bei dem Elektrifizierungs- und 8 Proz. Abschreibungen zu hoch sind und beantragt die Reduzierung derselben. Im Ganzen soll das Weniger dieser Abschreibungen 67 256 Mark betragen und um diese Summe die Ablieferung des Elektrifizierungswerts an die Stadtkasse erhöht werden.

Stv. Herschel: Das System, die Abschreibungen zu kürzen, ist ein Prinzip, das schon seit Jahren von der linken Seite des Hauses verfolgt wird. Abschreibungsregeln sind die Herren damit nicht durchgedrungen. Wenn sie damit durchgedrungen wären, würden wir nicht nur keine Reserven im Allgemeinen in der Stadtkasse haben, sondern auch keine Reserven in den einzelnen städtischen Betrieben, vielmehr wären letztere höher belastet, als es gerechtfertigt ist. Redner verweist darauf, daß früher die Demokraten im Mannheimer Bürgerausschuß ganz andere Grundsätze bezüglich der Abschreibungen befolgt haben. So haben die Abschreibungen beim Gaswerk, speziell bei der Hauptrohrleitung früher 5 Proz. betragen. Ich habe sie auf 3 Proz. herabgesetzt und nun ist mir feierlich ein großer Vorwurf gemacht worden von Seiten der Demokraten, daß ich die Abschreibungen erniedrigt habe. Redner kommt nun auf die Abschreibungen beim Elektrifizierungswert zu sprechen. Kein Gebiet sei so der Abnutzung ausgesetzt, wie die Elektrifizierungsbranche, in der immer neue Erfindungen erfolgen. Die vorgeschlagenen Abschreibungen sind vollständig notwendig. Die Sachverständigen, die mir gehört haben, stellen ich immer noch höher, als diejenigen, die Herr Wenzheimer gestellt hat. (Widerpruch.) Doch, ganz bestimmt. Mit diesem System, die Abschreibungen zu verkürzen und daraus den Gas- und Wasserwerken Vorteile zu erwirken, kommen Sie nicht weit. Wenn Sie keine andere Finanzpolitik haben als diese, dann ist auf diese Finanzpolitik gar nicht zu geben. In Frankfurt, das doch die Hochburg der Demokratie bildet, wird mit viel größeren Grundstücken gearbeitet, als diejenigen sind, welche die Herren hier empfehlen. Herr Wenzheimer (Zuruf: Ist doch nicht Demokratie!), ob er Demokratie ist, weiß ich nicht, aber die Mehrheit der Frankfurter Stadtratsmitglieder ist demokratisch, — also das Prinzip der Frankfurter Stadtratsverwaltung ist, Reserven anzusammeln dadurch, daß man die Einnahmen niedriger und die Ausgaben höher bemisst. Herr Wenzheimer hat ferner gesagt, jetzt hätte er viele Millionen angesammelt und mit diesen vielen Millionen sei es möglich, das Übergewicht im Budget zu halten, ohne eine Steuererhöhung eintreten lassen zu müssen, trotzdem die Zeiten schlechter geworden sind. Das von den Demokraten verfolgte Prinzip, daß das Geld besser in den Taschen der Steuerzahler aufbewahrt sei, ist ein Konjunkt. Die Stadtkasse muß Geld haben. Herr Wenzheimer hat ferner gesagt, daß er in den städtischen Betrieben einen Erneuerungsfonds von 3 Millionen Mark angesammelt habe, um zu betreiben, wie solid er gewirtschaftet habe. Redner bittet, die Anträge auf Erniedrigung der Abschreibungen abzulehnen.

Stv. Zehrig führt aus, es sei ein Unterschied, ob die Abschreibungen nach dem Buchwert oder nach dem Anlagevermögen vorgenommen werden. Bei und erfolgen die Abschreibungen nach dem Anlagevermögen. Redner fragt nach, wie der Stadtrat dazu komme, das Elektrifizierungswert weiter zu verpacken.

Stv. Stoll bemerkt, daß Herr Stv. Wenzheimer die Zweckentfremdung vertritt. Im Mannheimer Bürgerausschuß wolle er niedere Abschreibungen, in dem Handelsrat seines Vaters dagegen wird bei den Untergeschäften die Notwendigkeit hoher Abschreibungen verfolgt.

Stv. Wenzheimer tritt den Ausführungen der Vorredner entgegen und hält an seiner Auffassung fest.

Stv. Herschel theilt mit, daß Herr Dr. Engelhorn, der heute leider am Erscheinen verhindert sei, in einem Briefe folgendes mittheile: „Wie beim Gas- und Wasserwerk so halte ich auch die durchschnittliche Amortisation bei dem Elektrifizierungswert für zu niedrig und wenn Herr Wenzheimer die Allgemeine Elektrifizierungsgesellschaft als Beispiel angezogen hat, so hat er nicht nur den geringen Zinssatz begangen, sondern er hat gerade diejenige Elektrifizierungsfabrik angezogen, welche durch noch höhere Abschreibungen, als dies anderweit geschieht, sich einen Reservefond geschaffen hat, mit Hilfe dessen sie die schlechten Zeiten überwinden konnte. Der Generaldirektor der Allg. E.-G. hat sich dadurch den Ruf eines Finanzgenies geschaffen.“

Hiermit schließt die Debatte. Der Antrag auf Herabsetzung der Abschreibungen beim Elektrifizierungswert wird in namentlicher Abstimmung mit 55 gegen 46 Stimmen abgelehnt.

Stv. B. Magenau führt aus, daß man heute schon ziemlich namentliche Abstimmungen gehabt habe. Früher sei man in einem Tage mit dem Budget fertig geworden. Jetzt nehme die Beratung mehrere Tage in Anspruch. Man möge doch bedenken, daß jeder ein Geschäft habe und für jeden die Zeit kostbar sei.

Stv. B. Pfeiffer: Aus den Worten des Vorredners klinge ein Vorwurf heraus, daß seine Parteigenossen die Verhandlungen verzögerten. Man müsse bedenken, daß früher die Stadt Mannheim viel kleiner gewesen sei, auch nicht die vielen eigenen Betriebe gehabt habe. Vielmehr sei auch das Budget früher nicht so eingehend beraten worden. (Widerpruch.)

Stv. B. Magenau entgegnet, daß er absolut keinen Vorwurf erheben wolle, er habe seine Ausführungen gewissermaßen nur als Reminiscenz gemacht.

Bürgermeister Martin gibt eingehend Auskunft über die Verlängerung der Verpachtung des Elektrifizierungswerts an Crown u. Co. In der Zeit, in der der Termin fiel, an dem der Verpachtungsbetrag hätte gekündigt werden müssen, habe infolge der langen Dauer der Wahlen kein Bürgerausschuß existiert, sodas demselben keine Vorlage gemacht werden konnte. Zu der Weiterverpachtung sei der Stadtrat veranlaßt worden, durch das ungünstige finanzielle Ergebnis des Elektrifizierungswerts.

Stv. S. K. tritt den Ausführungen des Vorredners entgegen und behauptet, daß die Firma Crown u. Co. wohl sehr gute Resultate erziele, nur die Berechnung sei eine andere. Wenn man alle Rechnungen u. s. w. genau prüfe, werde man sicher zu dem Resultat kommen, so schnell wie möglich das Werk auf die Stadt zu übernehmen.

Stv. Wenzheimer führt aus, daß nach seiner Ansicht nach dem vorliegenden Vertrage die Stadt das Recht habe, den Vertrag mit der Firma Crown u. Co. am 31. März 1903 zu kündigen. Seinerzeit habe sich der Bürgerausschuß ausdrücklich das Recht vorbehalten, daß er bei der Frage der Verlängerung des Pachtvertrages geäußert werde.

Bürgermeister Martin entgegnet, daß es doch sehr fraglich sei, ob während der Wahlen der alte Bürgerausschuß hätte eintreten können. Sodann verbreitet er sich über die Frage des Termins der Kündigung des Pachtvertrages und bemerkt, daß man ja versuchen kann, den Vertrag auf 31. März zu kündigen. Letztendlich handele es sich ja nur um eine Verlängerung der Pachtdauer um 3 Jahre.

Bei § 7, Gebühren etc., befragt Stv. Zehrig, daß die Gebühren vor den Gerichten mit so milder Strafe davontommen. Die Abschreibungen müßten viel schwerer geahndet werden und zwar mit Gefängnisstrafen.

Stv. S. K. wünscht, daß bei dem Gemeindegeld eine Reduzierung von Steuern und Zinsleistungen erfolge. Die

Geschäfte des Gerichts seien hart gemacht und die Justiz der Mittelklasse danke viel zu lange.

Bürgermeister von Hollander entgegnet, daß die Geschäfte des Stv. S. K. begründet gewesen seien, aber seit dem vergangenen Sommer sei ein dritter Justizbeamter angestellt worden und ihm Klagen seitdem nicht mehr zu Gebote gekommen.

Stv. S. K. entgegnet, daß auch jetzt noch Klagen über verspätete Zustellungen geführt werden.

Volkswirtschaft.

Die neue Ludwigshafener Stadtkasse im Betrage von 2 1/2 Mill. Mark wurde von der Filiale der Dresdener Bank in Mannheim in Gemeinschaft mit der Deutschen Effekten- u. Wechselbank in Frankfurt a. M. übernommen.

Portland-Cementwerke Heidelberg und Mannheim, A.-G. Heidelberg. Man schreibt uns: In der am 24. d. M. stattgehabten Generalversammlung waren durch 18 Aktionäre 3330 Aktien vertreten. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig sämtliche Punkte der Tagesordnung und setzte die Dividende auf 4 pCt. fest. Auf Anfrage eines Aktionärs theilte die Verwaltung mit, daß zur Zeit die Gesellschaft voll beschäftigt ist, und daß der Absatz bisher denjenigen des gleichen Abschnittes im Vorjahre wesentlich übersteige. Die Preise seien jedoch noch nicht gebessert.

Mannheimer Effektenbörse

vom 25. März (Offizieller Bericht.)

Heute wurden gehandelt: Rheinische Creditbank-Aktien zu 129.50, und Aktien der Brauerei-Gesellschaft zur Sonne normal zu 128.00. Nachfrage bestand für Schweizerbank Aktien zu 128.00, Aktien d. Verein chemischer Fabriken zu 228.00, und Badische Schiffahrts Aktien zu 730 Mark pro Stück (735 B.), Portland Cementwerke, Heidelberg notierten 119.50 B.

Obligationen.

Staatspapiere.		1/2% Ludwigsbafen	—
4% Bad. Oblig. v. 1901	105.45 1/2	4%	102.25 —
4% Bad. Oblig. v. 1902	101.40 1/2	3 1/2%	99. —
4% „ „ 1903	100.10 1/2	4% Mannheimer Obl. 1901	103.80 1/2
3 1/2% „ „ 1904	100.10 1/2	3 1/2% „ „ 1902	103.80 1/2
3 1/2% „ „ 1905	101.10 1/2	3 1/2% „ „ 1903	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1906	101.10 1/2	3 1/2% „ „ 1904	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1907	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1905	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1908	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1906	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1909	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1907	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1910	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1908	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1911	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1909	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1912	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1910	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1913	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1911	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1914	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1912	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1915	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1913	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1916	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1914	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1917	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1915	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1918	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1916	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1919	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1917	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1920	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1918	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1921	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1919	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1922	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1920	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1923	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1921	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1924	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1922	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1925	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1923	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1926	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1924	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1927	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1925	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1928	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1926	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1929	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1927	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1930	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1928	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1931	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1929	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1932	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1930	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1933	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1931	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1934	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1932	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1935	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1933	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1936	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1934	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1937	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1935	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1938	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1936	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1939	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1937	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1940	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1938	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1941	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1939	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1942	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1940	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1943	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1941	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1944	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1942	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1945	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1943	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1946	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1944	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1947	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1945	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1948	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1946	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1949	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1947	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1950	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1948	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1951	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1949	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1952	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1950	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1953	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1951	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1954	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1952	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1955	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1953	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1956	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1954	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1957	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1955	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1958	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1956	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1959	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1957	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1960	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1958	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1961	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1959	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1962	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1960	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1963	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1961	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1964	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1962	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1965	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1963	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1966	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1964	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1967	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1965	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1968	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1966	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1969	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1967	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1970	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1968	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1971	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1969	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1972	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1970	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1973	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1971	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1974	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1972	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1975	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1973	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1976	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1974	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1977	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1975	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1978	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1976	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1979	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1977	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1980	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1978	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1981	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1979	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1982	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1980	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1983	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1981	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1984	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1982	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1985	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1983	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1986	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1984	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1987	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1985	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1988	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1986	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1989	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1987	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1990	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1988	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1991	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1989	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1992	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1990	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1993	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1991	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1994	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1992	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1995	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1993	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1996	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1994	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1997	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1995	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1998	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1996	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 1999	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1997	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2000	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1998	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2001	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 1999	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2002	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2000	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2003	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2001	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2004	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2002	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2005	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2003	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2006	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2004	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2007	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2005	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2008	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2006	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2009	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2007	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2010	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2008	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2011	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2009	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2012	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2010	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2013	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2011	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2014	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2012	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2015	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2013	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2016	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2014	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2017	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2015	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2018	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2016	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2019	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2017	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2020	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2018	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2021	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2019	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2022	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2020	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2023	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2021	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2024	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2022	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2025	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2023	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2026	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2024	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2027	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2025	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2028	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2026	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2029	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2027	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2030	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2028	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2031	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2029	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2032	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2030	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2033	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2031	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2034	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2032	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2035	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2033	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2036	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2034	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2037	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2035	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2038	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2036	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2039	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2037	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2040	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2038	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2041	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2039	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2042	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2040	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2043	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2041	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2044	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2042	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2045	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2043	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2046	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2044	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2047	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2045	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2048	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2046	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2049	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2047	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2050	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2048	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2051	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2049	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2052	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2050	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2053	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2051	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2054	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2052	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2055	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2053	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2056	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2054	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2057	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2055	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2058	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2056	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2059	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2057	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2060	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2058	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2061	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2059	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2062	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2060	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2063	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2061	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2064	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2062	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2065	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2063	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2066	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2064	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2067	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2065	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2068	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2066	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2069	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2067	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2070	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2068	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2071	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2069	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2072	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2070	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2073	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2071	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2074	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2072	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2075	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2073	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2076	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2074	100.70 1/2
3 1/2% „ „ 2077	101.30 1/2	3 1/2% „ „ 2075	10

Ertragsgeheim pro 1903 betr.

Bezirks Mannheim:
Hess.

empfehlen frei in's Haus geliefert. 1805

Ludwig & Schütthelm, Drogenhandlung.
gegründet 1883 0 4, 3. Telefon 252

Wahr,
Geschichtsforscher des Süds.

Ausverkauf	
Madeira	Wrt. 1.60 per Gl.
Malaga	1.60 . . .
Sherry	1.60 . . .
Portweine	1.60 . . .
Weisswein	— 40 . . .
Rothwein	— 50 . . .

Verleger: K. A. Pichler. — Druck und Vertrieb Dr. G. Jandl'sche Buchdruckerei, W.

Gebannten 2018

1845